NOVOMATIC

Pressespiegel 2020

Press Documentation 2020

Berichterstattung
NOVOMATIC

Erstellt von
Prepared by

Konzernkommunikation

Datum
Date

06.10.2020 / KW 40

NOVOMATIC AG · Wiener Strasse 158 · 2352 Gumpoldskirchen · Austria · Europe
Tel.: +43 2252 606 0 · Fax: +43 2252 606 110 · info@novomatic.com · www.novomatic.com

40 Years NOVOMATIC

„www.intergameonline.com“, 05.10.2020

Strikers leaves Novomatic Netherlands

Paul Strikers has resigned as joint CEO of Novomatic Netherlands, it was announced on Friday.

Strikers, who handles the company's sales division, is partnered in the CEO role by Robert Meijer, who looks after the operating side. They are both based at the main Novomatic Netherlands headquarters at Waalwijk.

It was seven years ago that Strikers took responsibility for a rapidly increasing sales business at the company, following the acquisition of his own business at Eurocoin Gaming by the Austrian giant.

Strikers said last week: "I am happy to look back on seven years of professionalism, excitement and innovation at one of the world's biggest gaming technology companies.

"After having laid the groundwork for sustainable growth for Novomatic's offline and online technology business in the Netherlands, I look forward to new challenges and thank Novomatic for the opportunities that I was offered."

„Die Presse“, 05.10.2020

Sobotka beharrt auf Vorsitz

U-Ausschuss. Der Nationalratspräsident sieht sich als „Spielball der Politik“ und hält sich bei den Ibiza-Untersuchungen für nicht befangen.

Wien. Der wegen der Diskussion um Vereinskooperationen in seinem Umfeld in die Kritik geratene Vorsitzende des Ibiza-Untersuchungsausschusses, Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka (ÖVP), wehrt sich gegen die Vorwürfe. Man versuche, Falsches hineinzuinterpretieren. „Ich bin etwas zum Spielball der Politik geworden“, sagte er zur „Krone“. „Ich bin nicht befangen und muss mir diese Vorwürfe auch nicht gefallen lassen. Von niemandem. Und definitiv werde ich nicht abtreten.“

Vergangene Woche ist bekannt geworden, dass das Alois-Mock-Institut, dessen Präsident Sobotka ist, deutlich mehr Geld vom Glücksspielkonzern Novomatic erhalten hat, als bisher bekannt, nämlich 108.000 Euro. Zudem hat Novomatic auch das Kammerorchester Waidhofen, das Sobotka immer wieder dirigiert, sowie den niederösterreichischen ÖAAB, dessen Obmann Sobotka war, gesponsert. „Es war alles korrekt. Ich habe das auch im Ausschuss und für den jetzt untersuchten Zeitraum dargelegt, dass es Inserate und gemeinsame Veranstaltungen gab“, sagt der ÖVP-Politiker. Die jüngsten Vorwürfe, die das Kammerorchester in seiner Heimat, Waidhofen/Ybbs, betreffen, seien besonders schmerzhaft: „Ich bin dort Dirigent, nichts weiter. Der Obmann hat sich für ein Sponsoring bei vielen Unternehmen beworben. Ohne Unterstützung geht das nicht.“

Zuletzt haben nicht nur die Oppositionsfraktionen im U-Ausschuss gefordert, dass Sobotka von der Vorsitzführung zurücktreten soll, sondern auch die Grünen den Präsidenten dazu gedrängt, den Vorsitz ruhen zu lassen, bis die Vorwürfe geklärt sind. Und am Freitagabend riet ihm dann auch Grünen-Vizekanzler Werner Kogler, den Vorsitz nicht länger auszuüben, „bis diese etwaigen oder tatsächlichen Widersprüche geklärt sind“.

Ähnlich äußerte man sich am Sonntag dann auch im Büro von Grünen-Klubobfrau Sigrid Maurer: Sobotka müsse klären, wie es zu den Unstimmigkeiten gekommen ist, bis dahin solle die Zweite Nationalratspräsidentin, Doris Bures (SPÖ), den Vorsitz führen. (red.)

„www.leadersnet.at“, 04.10.2020

"Die Pandemie wirft die Gleichstellung von Frau und Mann um Lichtjahre zurück"

"Woman.For.Prosperity": Women Leadership Forum 2020 als Hybrid-Event mit vielen Top-Speakerinnen in den UNIDO Headquarters der Vereinten Nationen in Kaisermühlen.

WLF-Initiatorin Renate Altendorfer (Mitte) begrüßte hochkarätige Damen beim 8. Women Leadership Forum © leadersnet.at / K. Schiffl

Vergangene Woche fand zum bereits achten Mal das Women Leadership Forum (WLF) statt: In Partnerschaft mit der United Nations Industrial Development Organization (UNIDO) lud das European Brand Institute unter dem Motto Woman. For. Prosperity! in die UNIDO Headquarters beim Vienna International Center in Kaisermühlen. Als internationale Veranstaltung wurde das Foum in Englischer Sprache , und aufgrund der anhaltenden Corona-Pandemie erstmals als Hybrid Event ausgetragen.

Hochkarätige Speaker, Keynotes und Gäste

Das Programm des achten Women Leadership Forum 2020 konnte nicht umhin, auch die globale Krise rund um die anhaltende COVID-19 Pandemie anzusprechen. Unter den Hot Topics des internationalen Forums waren unter anderem "The Power of Female Economy", "Successful women entrepreneurs – how to gain better access to capital, markets, networks and mentorships", "Shared prosperity: Enabling women in the economy", "ncluding more women in management boards - ways to long-term value creation and prosperity", "Empowering women in the digital age: where do we stand?" oder "The Chameleon Leader".

Dargebracht und diskutiert wurden die Themen und Keynotes von hochkarätigen Persönlichkeiten aus der nationalen und internationalen Wirtschaft und Politik, darunter WLF-Initiatiorin Renate Altendorfer, Wirtschaftskammer-Vizepräsidentin Martha Schultz, Christiane Noll von Avanade, Research-Expertin Sophie Karmasin, Monika Racek von Admiral, Silvia Angelo von ÖBB Infra, Andrea Gritsch, Managing Partner Wolf Theiss, Elisa Aichinger von Deloitte Consulting, US-Botschafter in Österreicher Trevor D. Traina, Anna Maslon-Oracz von der Warsaw University, Africa Goodwill Ambassador H.E. Justine Mutale, Nicole Smith von European Comissions, Hörtur Smarason von der S.A.L.T. Leadership School und viele mehr.

„Kronen Zeitung“, 04.10.2020

Causa Ibiza und Co: Nationalratspräsident wehrt sich

Sobotka bleibt hart und wünscht sich neuen Stil

„Ich bin Spielball der Politik geworden“

Untersuchungsausschuss: Vorsitzender Wolfgang Sobotka geriet unter heftige Kritik. Ein Rücktritt wird von allen Parteien (nur nicht von seiner ÖVP) gefordert. Er sei befangen. Nun wehrt sich der Nationalratspräsident. Er denkt nicht daran abzutreten, vielmehr fordert er mehr Substanz im Ausschuss und weniger Hickhack.

Just jene Person, die das zweithöchste Amt im Staat einnimmt, ist Gegenstand heftiger Debatten. Wolfgang Sobotka – Nationalratspräsident und Vorsitzender des U-Ausschusses rund um mögliche Bestechlichkeit der ÖVP-FPÖ-Regierung. Bis auf die ÖVP fordern alle Fraktionen, dass er den Vorsitz abgibt, er sei befangen wegen Nähe zu Novomatic-Personen und Organisationen, die sich Zuwendungen des Glücksspielkonzerns erfreuen durften.

Wie das Alois-Mock-Institut, dem Sobotka vorsteht. „Es war alles korrekt. Ich habe das auch im Ausschuss und für den jetzt untersuchten Zeitraum dargelegt, dass es Inserate und gemeinsame Veranstaltungen gab“, sagt der Präsident im Gespräch mit der „Krone“. Man versuche, Falsches hineinzuinterpretieren. „Ich bin etwas zum Spielball der Politik geworden. Ich bin 40 Jahre in der Politik. Ich bin nicht befangen und muss mir diese Vorwürfe auch nicht gefallen lassen. Von niemandem. Und definitiv werde ich nicht abtreten.“ Die jüngsten Vorwürfe das Kammerorchester in seiner Heimat Waidhofen/Ybbs betreffend seien besonders schmerzhaft (es gab ein Kultursponsoring von Novomatic). „Ich bin dort Dirigent, nichts weiter. Der Obmann hat sich für ein Sponsoring bei vielen Unternehmen beworben. Ohne Unterstützung geht das nicht.“

Ärger wegen Video

Sobotka glaubt, dass der Fokus auf seine Person im Fehlen von Themen im Ausschuss liege. Dabei solle substanziell was weitergehen. Dies erwarteten auch die Menschen, die den Ausschuss letztlich finanzieren. Er, Sobotka, lasse sich auch künftig nicht davon abbringen, rechtliche Vorgaben penibel einzuhalten. Der Ausschuss sei etwas aus der Spur geraten. Teilweise verzettele man sich in Trivialitäten. „Und das just in den Tagen, wo wir 100 Jahre Verfassung feiern. Das tut schon weh.“

Was ihn auch ärgert: Wochenlang sei das Ibiza-Video das zentrale Thema gewesen. „Jetzt, wo es da ist, redet keiner mehr davon.“ Zudem würden Auskunftspersonen oft mit Suggestivfragen konfrontiert, so wie man nicht einmal vor Gericht vorgehe. „Das ist eine Unart. Da müssen wir uns als Parlament schon ernst nehmen. Es ist traurig, dass dieses so wichtige Instrument der Demokratie derart diskreditiert wird.“

Doch was sind die Lehren aus diesem Ausschuss? Was könnte man ändern? „Ich plädiere dafür wie generell auch andere, dass man den Vorsitz einem unabhängigen Richter überlässt – dann besteht gar nicht erst die Möglichkeit des Vorwurfs der Parteilichkeit. Doch zurzeit erlaubt das die Geschäftsordnung nicht.“

Erich Vogl

Präsident in der Offensive: Wolfgang Sobotka wehrt sich gegen die Vorwürfe der Befangenheit.

„Kronen Zeitung“, 04.10.2020

Eintrag in Kalender mit Ludwig für Stadt-Rote alter Hut

Novomatic-Milliardär Graf traf SPÖ-Spitze: „Keine Agenda“

„Novomatic zahlt alle“, tönte der damalige FPÖ-Chef Strache in Ibiza. Im U-Ausschuss wurde die Nähe des Glücksspielkonzerns zur ÖVP bereits breit thematisiert. Doch wie ein bei der Casino-Razzia sichergestellter und nun wieder aufgetauchter Kalendereintrag von Novomatic-Milliardär Johann Graf zeigt, spielte auch die SPÖ-Spitze mit . . .

Es geht um den 30. Jänner 2019. Ein Mittwoch, nur einen Tag vor dem so aktuell für Empörung bei der Opposition im U-Ausschuss sorgenden Treffen der Novomatic-Spitze mit dem damaligen ÖVP-Finanzminister Hartwig Löger. SPÖ, FPÖ und Neos wittern Absprachen und Polit-Deals.

Im von der Korruptionsstaatsanwaltschaft bei Hausdurchsuchungen sichergestellten Kalender von Glücksspiel-Milliardär Johann Graf sind mit Wiens Bürgermeister Michael Ludwig und Finanzstadtrat Peter Hanke aber auch zwei SPÖ-Granden sowie „HN“ für Novomatic-Chef Harald Neumann (siehe Foto links) eingetragen.

Die illustre Runde traf sich zum ausgedehnten Mittagessen im gutbürgerlichen Restaurant Wiener Rathauskeller. Während die Türkisen eine SPÖ-Nähe zum Casino-Roulette um Macht und Posten wittern, winken die Stadt-Roten ab. Das Treffen sei ohnehin schon seit Monaten bekannt gewesen. Es wäre dies vielmehr ein „unspektakulärer Kennenlerntermin gewesen, bei dem es auch keine Agenda“ gegeben habe.

Christoph Budin

Im Kalender von Milliardär Graf handschriftlich vermerkt: Treffen mit Wiens SPÖ-Spitze.

Foto: Peter Tomschi (1)

„Profil“, 04.10.2020

Politik, Musik, Novomatic

Aus den Akten des Ibiza-Ausschusses: Der Glücksspielkonzern Novomatic pflegte einen selbstverständlichen Umgang mit ÖVP-Politikern wie Gernot Blümel und Wolfgang Sobotka – davon profitierten auch Vereine in Sobotkas Umfeld. Und: Novomatic hat profil geklagt.

VON STEFAN MELICHAR UND MICHAEL NIKBAKHSH

Das Kammerorchester Waidhofen an der Ybbs gilt im niederösterreichischen Kulturbetrieb längst als Institution. Die Wurzeln des Orchesters reichen ins späte 19. Jahrhundert zurück, seit 1973 wird es als eigenständiger Klangkörper geführt. Das rund 70-köpfige Ensemble ist vielseitig: „Vom Solokonzert bis zur Sinfonie, von der Barockmusik bis zu Auftragskompositionen zeitgenössischer Komponisten reicht das Repertoire“, schreiben die Waidhofner auf ihrer Website.

Vor allem aber hat das Orchester einen Mann am Pult, dessen Vielseitigkeit alles überstrahlt: Wolfgang Sobotka, ÖVP-Politiker, Präsident des Österreichischen Nationalrats, vormals unter anderem Innenminister und Landeshauptmann-Stellvertreter in Niederösterreich. Seit 1985 ist der gebürtige Waidhofner und ausgebildete Musiklehrer ständiger Dirigent des Laienorchesters.

Willkommen in der Welt des Wolfgang Sobotka, es ist eine Welt voller Politik, Musik und Novomatic. Die Verbindungen des niederösterreichischen Glücksspielkonzerns zur ÖVP im Allgemeinen, zu Sobotka im Besonderen, beschäftigten zuletzt wieder den laufenden Ibiza-Untersuchungsausschuss, dessen Vorsitz er führt.

Der Anschein einer Befangenheit lastet zunehmend schwer auf ihm, mittlerweile fordern sogar die Grünen seine Demission. Sobotka sieht das anders, betont die Unvoreingenommenheit, in gewisser Weise muss er das auch. Würde er als Ausschussvorsitzender abdanken, wäre er auch als Nationalratspräsident kaum noch tragbar. Und das wäre eine Blamage für die Kanzlerpartei. Daher: Aussitzen.

Doch der Schaden ist längst angerichtet.

Wolfgang Sobotka ist Präsident des ÖVP-nahen Thinktanks „Alois Mock Institut – Forum für Zukunftsfragen“. Das AMI hat von Novomatic zwischen 2017 und 2019 insgesamt rund 14.000 Euro erhalten, für Inserate in der vereinseigenen Zeitschrift „Report“ – das war bekannt und wurde von Sobotka im Ausschuss auch bestätigt. Was er allerdings nicht dazusagte: Die Kooperation des 2012 gegründeten Vereins mit Novomatic hatte bereits 2013 begonnen, und es war sehr viel

WOLFGANG SOBOTKA Novomatic war ein gern gesehener „Kooperationspartner“.

mehr Geld im Spiel. Laut einem Bericht der Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft vom August dieses Jahres subventionierte Novomatic das AMI zusätzlich mit annähernd 100.000 Euro. Es handelte sich um Sachleistungen und Zahlungen („Kostenersatz") für Podiumsdiskussionen: Saalmieten, Technik, Vortragshonorare, Reinigung, Caterings. Zwischen April 2013 und Dezember 2019 summierten sich die – großteils intern verrechneten – Aufwendungen des Novomatic-Konzerns für AMI-Veranstaltungen und Inserate auf exakt 108.934,10 Euro.

Sobotka ist auch Landesobmann des niederösterreichischen ÖAAB – einer Teilorganisation der Volkspartei. Auch darüber wurde im U-Ausschuss gesprochen. „Es ist aktuell weder im Zusammenhang mit Novomatic oder aktuell dem Untersuchungsausschussgegenstand irgendetwas in den NÖAAB oder in eine Zeitung geflossen", sagte Sobotka. Das ist in irreführender Weise unvollständig. Im Februar 2017 übernahm Novomatic vom NÖAAB eine Rechnung: 2000 Euro netto für einen Vortrag, den ein Wiener Politikberater gehalten hatte.

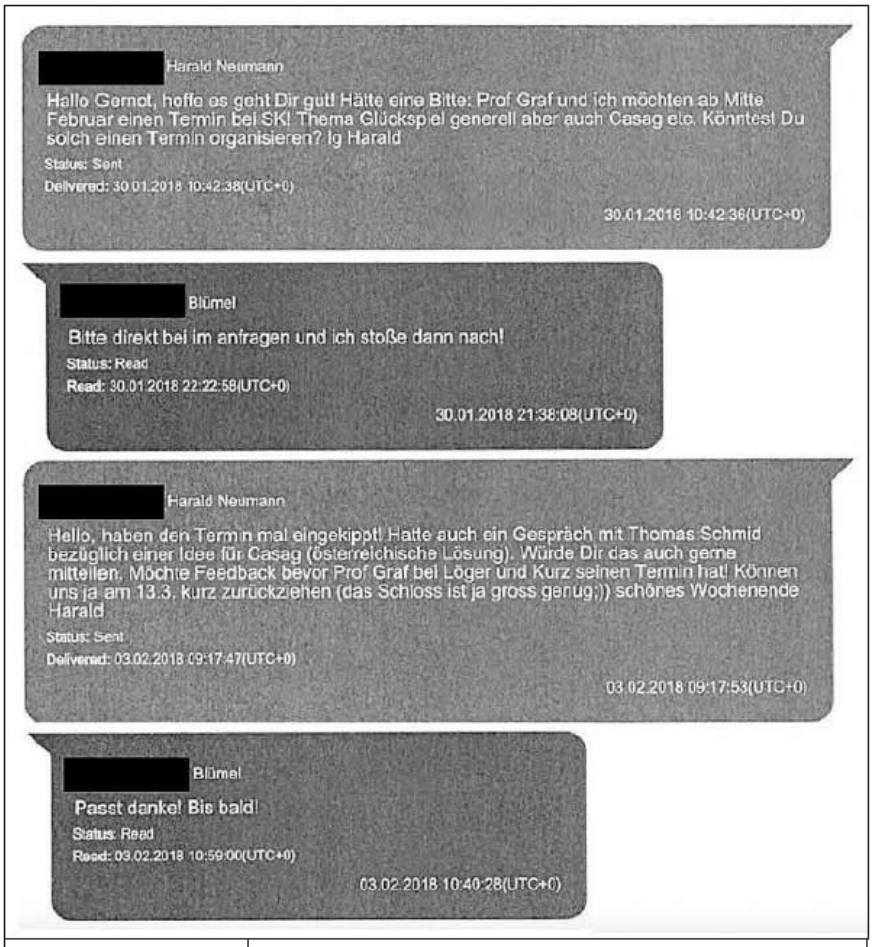
Darüber hinaus ist Wolfgang Sobotka Kapellmeister des eingangs erwähnten Kammerorchesters Waidhofen. 2019 erhielt das Kammerorchester von Novomatic ein einmaliges Sponsoring in der Höhe von 8000 Euro. Auch davon war im U-Ausschuss keine Rede.

Eine Anfrage an Sobotka blieb unbeantwortet. Novomatic-Anwalt Peter Zöchbauer bestätigte profil die genannten Kooperationen (dazu später).

„Projekt Glücksspiel-Reform", betitelte dieses Magazin einen Artikel, der am 12. Juli dieses Jahres veröffentlicht wurde (Nr. 29/20). Das Ergebnis einer gemeinsamen Recherche mit ORF-„ZIB 2" und „Der Standard". Wir schrieben: „Das ÖVP-regierte Finanzministerium bereitete 2018 eine beispiellose Liberalisierung des Glücksspielmarktes vor. Das Online-Monopol der Lotterien sollte fallen, das ‚kleine' Automatenglücksspiel wieder bundesweit möglich sein, auch neue Kasinos waren Teil der Planspiele. Der Koalitionspartner FPÖ war lange nicht eingebunden. Gab es einen Deal ÖVP-Novomatic?"

Im Kern behandelte der Artikel ein letztlich nicht realisiertes Geheimprojekt des türkisen Finanzministeriums zur Öffnung des Glücksspielsektors, das jedenfalls auch dem Novomatic-Konzern wirtschaftlich in die Hände gespielt hätte. Dies vor dem Hintergrund eines 2018 ausgebrochenen Konflikts um die Kontrolle über die Casinos Austria AG (Casag), an welcher damals sowohl die Republik Österreich als auch Novomatic und die tschechische Sazka Group beteiligt waren. Das Finanzministerium war demnach *„auch auf das Wohlwollen von Novomatic angewiesen, um den politisch gewünschten Einfluss auf die Casinos Austria AG durchzusetzen"*, berichteten wir im Juli (der Artikel ist via profil.at abrufbar).

Novomatic hat profil geklagt. Am 25. August übermittelte Novomatic-Anwalt Zöchbauer dem Handelsgericht Wien einen Schriftsatz, in welchem der Glücksspielkonzern von profil Unterlassung, Widerruf sowie eine Zahlung von 50.000 Euro nebst vier Prozent Zinsen einfordert. Begründung: Einen solchen Deal habe es nie gegeben, profil habe mit der Fragestellung allein schon einen unzulässigen Verdacht begründet. Zöchbauer geht nun sogar so weit, die Frage als „tatsachenwidrige Behauptung" zu qualifizieren.



APA/AFP/KAY NIETFELD

AUS DEN BLÜMEL-CHATS MIT HARALD NEUMANN
„Hello, haben den Termin mal eingekippt."

Laut Sobotka floss kein Geld von Novomatic an den NÖAAB. Das ist ein wenig unscharf.

Es ist ein Versuch, die freie Presse einzuschüchtern, nichts anderes.

Gab es einen Deal ÖVP-Novomatic? Diese Frage dominierte jüngst den laufenden Ibiza-Untersuchungsausschuss, wobei mittlerweile auch Abgeordnete in die Ziehung kommen: Novomatic hat etwa den SPÖ-Abgeordneten Kai Jan Krainer geklagt, nachdem dieser öffentlich ein solches Gegengeschäft behauptet hatte.

profil, vertreten durch Rechtsanwalt Hubert Simon, steht auf dem Standpunkt, dass diese Frage zulässig sein muss – auch und gerade vor dem Hintergrund der Recherchen.

Und das hat längst nicht nur mit der Person Wolfgang Sobotka zu tun. Der Nationalratspräsident ist ohne Zweifel ein gewichtiger Player in der Volkspartei. Sucht man in den Ermittlungsakten der Causa Casinos jedoch nach Namen aus dem ganz unmittelbaren Umfeld von Parteichef und Bundeskanzler Sebastian Kurz, stößt man auf den folgenden: Gernot Blümel.

profil liegt ein knapp 490 Seiten starker Amtsvermerk des Bundeskriminalamts vom 3. September 2020 vor, der detailliert die Ergebnisse der Datenauswertung von sichergestellten Mobiltelefonen, Tablets

und Computern wiedergibt. Auf dem iPhone des früheren Novomatic-Chefs Harald Neumann fanden die Ermittler zahlreiche Chats mit Blümel. Der Politiker, der nicht zu den Beschuldigten in der Causa Casinos zählt, war seinerzeit nicht nur Minister im Bundeskanzleramt, sondern hatte als Regierungskoordinator einen genauen Überblick über die Vorgänge in der Koalition mit der FPÖ. Er saß auch an einer wirtschaftspolitischen Schaltstelle: Per Ministerratsbeschluss vom 24. Jänner 2018 war Blümel zum Mitglied jenes vierköpfigen Komitees bestellt worden, das aufseiten der Republik Aufsichtsräte für Unternehmen nominieren sollte, an denen der Staat Beteiligungen hielt – darunter die Casag.

Nur ein paar Tage später, am 30. Jänner 2018, schrieb Neumann an Blümel: *„Hallo Gernot, hoffe es geht Dir gut! Hätte eine Bitte: Prof Graf* (Anm.: Novomatic-Eigentümer Johann Graf) *und ich möchten ab Mitte Februar einen Termin bei SK! Thema Glückspiel generell aber auch Casag etc. Könntest Du solch einen Termin organisieren? lg Harald"*. Blümel antwortete: *„Bitte direkt bei im anfragen und ich stoße dann nach!"*

„SK"? Ein weiterer Chat zwischen dem Novomatic-Chef und dem Minister am 3. Februar 2018 zeigt, dass damit wohl Sebastian Kurz gemeint war: *„Hello, haben den Termin mal eingekippt! Hatte auch ein Gespräch mit Thomas Schmid* (Anm.: damals Generalsekretär und Kabinettschef im BMF unter ÖVP-Minister Hartwig Löger) *bezüglich einer Idee für Casag (österreichische Lösung). Würde Dir das auch gerne mitteilen. Möchte Feedback bevor Prof Graf bei Löger und Kurz seinen Termin hat! Können uns ja am 13.3 kurz zurückziehen (das Schloss is ja gross genug ;)) schönes Wochenende Harald"*. Blümels Replik: *„Passt danke! Bis bald!"*

Was bei allfälligen persönlichen Treffen oder Telefonaten dann im Detail besprochen wurde, geht aus der Auswertung naturgemäß nicht hervor. Schon in den Chat-Protokollen fällt – neben dem durchaus jovialen Umgangston zwischen dem Manager und dem türkisen Minister – aber auf, dass Novomatic augenscheinlich bemüht war, sich eng abzustimmen. Etwa am 6. Februar 2018, als Neumann Folgendes in sein Handy tippte: *„Hello, haben bei der Casag eine ungute Situation bezüglich Verkauf Casino International! Müsste heute oder morgen mit dir telefonieren!"* Oder am 7. März 2018: *„gutes Meeting mit Löger gehabt! Österreichische Mehrheit ist gewünscht! Ist gut so lg Harald"*.

Eigentlich wollte die tschechische Sazka-Gruppe 2018 bei der Casag vollständig die Kontrolle übernehmen. Angeblich gab es zuvor eine Zusicherung, dass die Republik den Tschechen weitere Anteile verkaufen würde. Daran soll sich jedoch die neue ÖVP-geführte Regierung 2018 nicht mehr gebunden gefühlt haben. Sie wollte weiter mitreden, konnte das aus eigener Kraft aber nicht erreichen. Casag-Mitaktionär Novomatic und Sazka hatten nämlich einen Stimmbindungsvertrag geschlossen, der ihnen gemeinsam die Mehrheit bescherte. Augenscheinlich stellte Novomatic sich aber im Frühjahr 2018 auf die Seite der Regierung. Dies gipfelte darin, dass Novomatic bei einer Casag-Haupversammlung (HV) im Juni 2018 verhinderte, dass die Tschechen die Vertreter der Republik aus dem Aufsichtsrat kippten.

LUKAS LEONHARTSBERGER VERLAGSGRUPPE NEWS/PICTUREDESK.COM

HARALD NEUMANN
„Prof. Graf und ich möchten einen Termin bei SK!"

„Eine übliche Kooperation mit klar definierten Leistungen"
Peter Zöchbauer, Novomatic-Anwalt

Am 24. April 2018 hatte Neumann an den oben erwähnten Thomas Schmid geschrieben, er ist seit dem Vorjahr Alleinvorstand der Staatsholding ÖBAG: *„jetzt doch HV???"* Schmid antwortete: *„Ja. Gegen unseren Willen. Ganz klar. Nach Rücksprache mit Komarek* (Anm.: Sazka-Eigentümer Karel Komarek). *Gegen uns."* Am nächsten Tag schrieb Schmid an Neumann: *„Heute 20.00 Abstimmung mit Gernot Blümel. Ort dürfen wir dir noch sagen! Bitte mach's möglich :-))"*. Neumanns Antwort: *„ok. bin bis 20 uhr im hyatt!! wo wollt ihr euch treffen?"* Schmids Replik: *„20.00 könnten uns auch dort in einer ruhigen Ecke treffen"*. Neumann: *„passt!! dann reserviere ich einen ruhigen Platz dort;))"*.

Angesichts der immer deutlicher zutage tretenden intensiven Abstimmung zwischen Novomatic und Vertretern der ÖVP beziehungsweise des ÖVP-geführten Finanzministeriums fragte profil den Glücksspielkonzern erneut, ob es einen Deal gab – und wie die Kooperation mit Sobotkas Alois Mock Institut einzuordnen ist. Novomatic-Anwalt Peter Zöchbauer teilte mit: „Es gab keinen ‚Deal' und zwar weder mit der ÖVP noch sonst einer Partei." Im Chatverlauf wären „mit keinem Wort Novellen oder Gesetzesänderungen erwähnt".

Novomatic seien zudem weder „die Reformüberlegungen der Fachabteilung des BMF noch die vertraulichen Entwürfe von Novellen zum Glücksspielgesetz bekannt" gewesen. Der spätere (ebenfalls nicht umgesetzte) Entwurf einer „Glücksspiel-Novelle 2019" wäre vielmehr „ein herber wirtschaftlicher Schlag" gegen Novomatic gewesen und hätte der Casag-Gruppe genützt.

In Bezug auf das Alois Mock Institut teilte Zöchbauer mit, es handle sich „um eine übliche Kooperation auf Basis von Jahresvereinbarungen mit klar definierten und marktüblich bewerteten Leistungen und Gegenleistungen". Bei der bereits erwähnten NÖAAB-Veranstaltung sei „unter anderem ein Logo" von Novomatic platziert worden. Und während der einjährigen Kooperation mit dem Kammerorchester Waidhofen sei bei sämtlichen Auftritten unter anderem auch ein Logo angebracht gewesen. Zudem seien weitere werbliche Leistungen erbracht worden. „Da meine Mandantin ihren Sitz in Niederösterreich hat und dort rund 2000 Mitarbeiter beschäftigt, ist ihr eine Präsenz gerade in dieser Region wichtig", so Zöchbauer.

Dabei hat das Orchester-Sponsoring angeblich in einer ganz anderen Region seinen Ursprung genommen. Vereinsobmann Raimund Tremetsberger ließ profil wissen: „Bei der Planung unserer Orchesterkonzertreise im Juli 2019 in das Nachbarland Slowenien wurde mir aus der Österreichischen Botschaft – Kulturinstitut Laibach – auf Anfrage eine Reihe von österreichischen Betrieben und Firmen mit Geschäftsverbindung nach Slowenien genannt, darunter auch Novomatic. Daraufhin wurde von mir, in meiner geschäftsführenden Funktion, diese Firma und andere kontaktiert und diese um Unterstützung für die Konzertsaison angefragt."

Mit Wolfgang Sobotka, der „keine organisatorischen Funktionen" habe und auch sonst nicht „in den täglichen Geschäftsbereich" eingebunden sei, hatte das demnach nichts zu tun. ■

„Kronen Zeitung“, 03.10.2020

ÖVP-Grande

Heinrich Neisser empfiehlt Vorsitzwechsel im U-Ausschuss

„Er soll sich zurückziehen“

Soll Wolfgang Sobotka trotz des anhaltenden Vorwurfs der Befangenheit weiterhin den Vorsitz im Ibiza-U-Ausschuss führen? Nein, sagt selbst Heinrich Neisser, ein Amtsvorgänger und Parteikollege des Nationalratspräsidenten.

Die Debatte hat ein Ausmaß erreicht, dass Sobotka gut beraten wäre, sich vom Vorsitz des Ausschusses zurückzuziehen.

Foto: Klemens Groh

Heinrich Neisser (84), ehemals Zweiter Nationalratspräsident sowie Klubobmann der ÖVP im Parlament

Der Ibiza-Untersuchungsausschuss hat sich dieser Tage ein gutes Stück von den blauen Korruptionsavancen auf der Baleareninsel entfernt, bestimmendes Thema ist der Vorsitzende selbst: Weil der Glücksspielkonzern Novomatic das von Sobotka gegründete Alois-Mock-Institut sowie ein von ihm geleitetes Orchester finanziell unterstützt hat, wollen nun selbst die Grünen – immerhin Koalitionspartner der ÖVP – einen (zumindest vorläufigen) Abtritt Sobotkas als Ausschuss-Leiter.

Doch auch in der ÖVP hegt man Zweifel: Heinrich Neisser, einst selbst Nationalratspräsident, empfiehlt Sobotka nun den Rückzug. „Die Debatte hat ein Ausmaß erreicht, dass Sobotka gut beraten wäre, sich vom Vorsitz zurückzuziehen“, sagt das ÖVP-Urgestein zur „Krone“. Der U-Ausschuss sei schließlich „ein wesentliches Instrument des Parlaments“, und ein Rückzug Sobotkas würde „dieser Institution wirklich guttun“, so Neisser. Übernehmen solle etwa die Zweite Nationalratspräsidentin Doris Bures (SPÖ).

Gänzlich anders sieht die Sache Ex-Nationalratspräsident Andreas Khol (ÖVP): Er spricht von einem „dem Ansehen des Parlaments schadenden Kesseltreiben der Opposition“, Grund für einen Rückzug gebe es keinen. Und Sobotka selbst? Der will sich in der kommenden Woche zwar vertreten lassen – ein Abtritt sei aber kein Thema.

K. Knittelfelder

Wolfgang Sobotka

Foto: www.picturedesk.com

„Die Presse“, 03.10.2020

Der Showdown mit Peter Sidlo beginnt

Rechtsstreit. FPÖler Peter Sidlo wurde als Finanzvorstand der Casinos Austria entlassen und prozessiert deswegen ab kommender Woche. Ob er die geforderten 2,3 Millionen Euro bekommt? Das ist keineswegs sicher.

Rein atmosphärisch ist das Timing für **Peter Sidlo** nicht das beste. Gerade erst mussten die Casinos Austria 600 Mitarbeiter beim AMS anmelden, und am Freitag kommender Woche startet der von Sidlo angestrengte Prozess gegen den Glücksspielkonzern. Der im Dezember geschasste Casinos-Finanzvorstand fordert die Kleinigkeit von 2,3 Millionen Euro von seinem früheren Arbeitgeber. Wie gesagt: Der Zeitpunkt ist nicht sonderlich günstig, aber das ist wohl Peter Sidlos geringste Sorge – zu einem Popularitätswettbewerb wollte er sicherlich eh nicht antreten. Prioritär ist für den FPÖler die Frage, welche Chancen er mit seiner zivilrechtlichen Klage hat.

Peter Sidlo im U-Ausschuss am 1. Juli. Am 9. Oktober startet sein Prozess gegen die Casinos Austria. [APA]

KORDIK-ONOMY

VON HANNA KORDIK

Die Schriftsätze dazu sind umfangreich, und sie liegen alle der „Presse“ vor. Da wären: die Klage Sidlos, die die Anwaltskanzlei Hasch & Partner am 23. Dezember vergangenen Jahres eingebracht hat; die Klagebeantwortung der Casinos Austria, die von der Kanzlei CMS Reich-Rohrwig Hainz vertreten werden; ein nachgereichter aufgetragener Schriftsatz von Sidlo-Seite und eine Replik darauf von den Casinos.

Die Ausgangslage im Zeitraffer, der Vollständigkeit halber: Sidlo wurde Ende März 2019 zum Finanzvorstand des Glücksspielkonzerns bestellt, er hat das Amt per 1. Mai 2019 übernommen. Nur dreieinhalb Monate später, am 12. August, kam es bei ihm zu einer Razzia. Am 13. November wurden die Chatprotokolle in diversen Medien veröffentlicht, die – formulieren wir es höflich – zeigen, dass sein Avancement vom damaligen FPÖ-Chef, **Heinz-Christian Strache,** mit aller Vehemenz forciert wurde. Am 2. Dezember 2019 wurde Sidlo vom Aufsichtsrat mit sofortiger Wirkung seines Amts enthoben – also entlassen.

Sidlo hat gegen seine Entlassung Klage eingebracht. Darin heißt es, der FPÖler habe einen Vorstandsvertrag mit dem teilstaatlichen Konzern befristet mit Ende April 2022 abgeschlossen – mit einem Jahresbezug in Höhe von 350.000 Euro brutto, ab Anfang 2020 hätte sich der Betrag auf 400.000 Euro erhöht. Hinzu käme ein vereinbarter Jahresbonus im maximalen Ausmaß von 100 Prozent des Fixbezugs. Um die Sache abzukürzen: Sidlo fordert eine Kündigungsentschädigung von 1,98 Millionen an Fixbezügen plus Bonus, weitere rund 31.000 Euro an Sachbezügen, 212.121 Euro an Urlaubsersatzleistung, rund 34.000 aus der Mitarbeitervorsorgekasse (Abfertigung neu) und 93.333 Euro Betriebspension. In Summe 2.353.794 Euro und 83 Cent.

In der Klagebeantwortung der Casinos Austria werden die Ansprüche selbstredend zurückgewiesen. Sidlos Fristlose sei, so wird argumentiert, wegen „grober Pflichtverletzung“ absolut gerechtfertigt gewesen. Im Übrigen, so heißt es, stimme Sidlos geltend gemachter Urlaubsanspruch nicht. Der seinerzeitige Finanzvorstand habe sich nämlich im Oktober und im November beurlauben lassen (damals hieß es: bis die Vorwürfe geklärt sind). Dieser Urlaubsvorgriff von 40 Tagen entspreche einem Betrag von rund 81.555 Euro. Die Casinos fordern von ihm überdies 21.904,67 Euro netto zurück – weil zum Zeitpunkt seiner Entlassung das Dezembergehalt bereits überwiesen worden war.

Interessant ist, dass es nicht bloß bei Klage und Klagebeantwortung geblieben ist. Auf Aufforderung des Gerichts wurde von Sidlo-Seite am 12. März ein „Aufgetragener Schriftsatz“ nachgereicht. Das ist nicht unbedingt ungewöhnlich – in solchen Fällen sollen Argumente vertieft vorgebracht werden. Was auch geschehen ist, auf knapp 30 Seiten. Dem folgte eine 50-seitige Replik der Casinos Austria.

Im Wesentlichen geht es in den Schriftsätzen um die höchst brisante Frage, ob seitens Sidlos tatsächlich eine grobe Pflichtverletzung stattgefunden hat, ob also seine Entlassung gerechtfertigt war. Und da dreht sich alles um einen entscheidenden Punkt: Hat er seinerzeit dem Casinos-Aufsichtsrat die Unwahrheit gesagt?

Ende Mai 2019 hatten nämlich etliche Medien über den Postenschacher bei den Casinos Austria berichtet, die Neos richteten also eine entsprechende parlamentarische Anfrage an den damals zuständigen ÖVP-Finanzminister, **Hartwig Löger.** Casinos-Aufsichtsratspräsident **Walter Rothensteiner** bat Sidlo daraufhin um eine schriftliche Stellungnahme zu den Vorwürfen. Sidlo kam dem nach und erklärte, dass an den Vorwürfen und Verdächtigungen nichts dran sei. Heißt: Es habe im Hintergrund keine politischen Mauscheleien gegeben. Jedenfalls habe er keine Kenntnis davon.

Dann eskalierte die Sache bekanntlich: Es kam zu Razzien, Handys wurden beschlagnahmt, Chatprotokolle publiziert. Und siehe da: Sidlo und Strache hatten einen recht regen Austausch an Informationen darüber, wer für und wer gegen Sidlo als Casinos-Finanzvorstand sei, ob die Sache „auf Schiene“ sei und so fort.

Im nachgereichten Schriftsatz bleiben Sidlos Anwälte freilich dabei: Die Entlassung sei nicht gerechtfertigt. Zunächst wird mit allerlei Formalfehlern argumentiert – etwa, weil Casinos-Aufsichtsratspräsident Rothensteiner jene entscheidende Aufsichtsratssitzung am 2. Dezember ad hoc einberufen habe. Auch habe es keinen Beschluss der Hauptversammlung für den Vertrauensentzug gegeben. Vor allem aber: Die Entlassung sei nicht – wie es das Gesetz vorschreibt – unverzüglich erfolgt. Die heiklen Chatprotokolle seien Mitte November öffentlich geworden – spätestens zu diesem Zeitpunkt hätte man die Entlassung aussprechen oder Sidlo zumindest suspendieren müssen. In Wahrheit habe man im Nachhinein eine grobe Pflichtverletzung durch Sidlo konstruiert. Um ihn loszuwerden. Es liege also kein materiell-rechtlicher wichtiger Grund vor. Zudem sei im Chatverlauf nicht ersichtlich, ob es tatsächlich zu Absprachen gekommen sei.

Dem konnte abgeholfen werden. In der Replik der Casinos Austria wird auf etlichen Seiten genüsslich aus Textnachrichten zwischen Strache, Sidlo und Novomatic-Chef **Harald Neumann** zitiert. Da schreibt Strache an den damaligen FPÖ-Bezirksrat Sidlo: „Ist eh alles auf Schiene?“ Sidlo: „So weit alles ok, aber die Tschechen machen noch auf Widerstand.“ Strache: „Was heißt das? Das Wort hält aber, dass du Vorstand wirst?“ Sidlo: „Ich gehe davon aus! Sollte es Probleme geben, melde ich mich nochmal bei dir!“ Strache an Neumann: „Bezüglich Peter Sidlo kann ich mich auf dein Wort verlassen und ist alles auf Schiene?“ Die Casinos-Anwälte folgern in ihrem Schriftsatz: „Der Kläger *(Sidlo, Anm.)* erfuhr also von jedem Detail des Entscheidungsprozesses im Vorhinein und versuchte, dessen Ausgang mithilfe seiner politischen Verbindungen zu beeinflussen.“ Außerdem habe Sidlo nach den Hausdurchsuchungen unabgesprochen Zeitungsinterviews gegeben – in denen er kundtat, dass an den Postenschachervorwürfen nichts dran sei.

Die Casinos-Anwälte führen also an: Sidlo habe durch das Verschweigen wesentlicher Tatsachen eine grobe Pflichtverletzung begangen; er habe aufgrund der medialen Turbulenzen seine Vorstandsfunktion nicht ordnungsgemäß ausführen können; seine Vorstandstätigkeit sei wegen des „unüberbrückbaren Zerwürfnisses“ mit seinen Vorstandskollegen „unzumutbar“.

Arbeitsrechtsexperte **Roland Gerlach** hält, von der „Presse“ befragt, ausschließlich das Argument der groben Pflichtverletzung wegen mutmaßlicher Unaufrichtigkeit gegenüber dem Aufsichtsrat für stichhaltig. Es ließe sich zwar darüber streiten, ob ein Vorstand von sich aus den Aufsichtsrat über das Zustandekommen seines Vertrags informieren müsse. Wenn er aber dazu aufgefordert wurde und Wesentliches verschwieg, sei das durchaus problematisch. Dass die Entlassung „nicht fristgerecht“ ausgesprochen worden sei, ist für Gerlach „ein sehr, sehr schwaches Argument“. Aufgrund der Turbulenzen und seiner Beurlaubung habe Sidlo ja keinesfalls darauf vertrauen können, dass er seinen Job behalten werde. Und um dieses Vertrauen geht es schließlich beim Unverzüglichkeitsgrundsatz.

„Peter Sidlo sollte sein Gehalt zurückzahlen“, forderte **Robert Chvátal,** Chef des tschechischen Casinos-Mehrheitsaktionärs Sazka, neulich im „Presse“-Interview. So weit wird es wohl nicht kommen, aber Chvátal ist über die österreichischen Verhältnisse halt einigermaßen echauffiert. Im Lauf des am 9. Oktober startenden Prozesses wird er wohl einiges dazulernen.

URSCHITZMEINT

Die Kolumne von Josef Urschitz entfällt heute.

„Standard“, 03.10.2020

Grüne Front gegen Wolfgang Sobotka wird breiter

Neue Akten werfen zudem Fragen rund um die Aussagen des Vorsitzenden vor dem U-Ausschuss auf

Wien – Dem grünen Parlamentsklub ist es absolut ernst: Wolfgang Sobotka (ÖVP) soll als Vorsitzender des Ibiza-Ausschusses abtreten. Nicht nur die grüne Fraktionschefin im U-Ausschuss, Nina Tomaselli, legte ihm nahe, die Leitung ruhen zu lassen, auch im Büro von Klubchefin Sigrid Maurer sagt man am Freitag auf Anfrage: „Die Klubobfrau teilt die Einschätzung ihrer Fraktionsführerin im U-Ausschuss – und dass bis zu dieser Klärung die Zweite Nationalratspräsidentin Doris Bures (SPÖ) den Vorsitz übernehmen soll.“ Vize-Klubchefin Ewa Ernst-Dziedzic sagt: „Alle im Klub teilen diese Einschätzung. Sobotka muss erklären, wie es zu den Unstimmigkeiten gekommen ist.“ Zur Wochenmitte wurde bekannt, dass der Glücksspielkonzern Novomatic nicht nur das von Sobotka gegründete Alois-Mock-Institut mit deutlich höheren Leistungen als bisher bekannt finanziell unterstützt hat, sondern auch das von ihm dirigierte Kammerorchester Waidhofen an der Ybbs sowie den NÖAAB, dessen Obmann Sobotka ist. Seitdem fordern alle anderen Parteien Sobotkas Abgang.

Zudem werfen die Ermittlungsakten täglich neue Fragen auf. So fragte ihn der Verfahrensrichter, ob er zu seinem Ex-Sprecher K., der dann für die Novomatic tätig war, Kontakt hatte. Sobotkas Antwort: „Man trifft sich bei verschiedensten Veranstaltungen.“ E-Mails zeigen aber, dass Sobotka über K. im Winter 2018 ein Gespräch bei Novomatic-Chef Johann Graf avisierte. Zu dem Termin, den er als NÖAAB-Obmann wahrnahm, kamen zwei Mitarbeiterinnen seines Parlamentsbüros mit. Darunter auch Tina Liebich-Oswald, Grafs Großnichte und Ehefrau des Novomatic-Aufsichtsratschefs, den Sobotka traf. Der *Falter* berichtete, dass die Novomatic auch das Catering bei einem Fest der ÖVP Niederösterreich bereitstellte. In ihrer Rede dort lobte Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner (ÖVP) den Konzern dann minutenlang.

Ist nächste Woche im U-Ausschuss terminlich verhindert: Vorsitzender Sobotka.
Foto: APA/Schlager

Sobotka hat sich zu den Enthüllungen bisher nicht erklärt. Der türkise Fraktionsführer Wolfgang Gerstl sprach von einer „Viererkoalition“ gegen Sobotka, die nur der persönlichen Profilierung diene. Bei den zwei kommenden Ausschussterminen lässt sich Sobotka vertreten, das sei aber lang geplant.

Ordnungsruf von Neisser

Hinter den Kulissen ist man bei den Grünen verwundert, dass in der ÖVP kaum jemand ausrückt, um Sobotka zu verteidigen. Normalerweise schieße die Kanzlerpartei in solchen Fällen ein halbes Dutzend Aussendungen hinaus – und zwar von Regierungsmitgliedern bis hinab zu den Hinterbänklern, heißt es. Doch nun sei alles anders. Nachsatz: „Und im Wiener Wahlkampfclinch mit der FPÖ gilt Sobotka derzeit offenbar als völlig nachrangig.“

Auch ein altbekannter Schwarzer stärkt Sobotka nicht den Rücken: Heinrich Neisser, einst Zweiter Nationalratspräsident, sagt zum STANDARD, Sobotka hätte die Vorsitzführung im U-Ausschuss gar nicht erst annehmen dürfen.

„Ich kann jedem Parlamentspräsidenten empfehlen, unter diesen Voraussetzungen nicht zu übernehmen. Unabhängig von der rechtlichen Problematik geht es um die Optik, die nicht gut ist. Jeden zweiten Tag kommt Neues heraus, und man weiß nicht, ob nicht noch etwas kommt“, sagt Neisser. (nw, fsc, jan)

„Die Presse“, 03.10.2020

Sobotkas problematische Nähe zu Novomatic

Parlament. Geldflüsse des Glücksspielkonzerns an das Umfeld des Nationalratspräsidenten sorgen für Kritik: Auch der Koalitionspartner will jetzt, dass Sobotka den Vorsitz im U-Ausschuss ruhend stellt.

VON MARTIN FRITZL

Wien. Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka ist diese Woche im Ibiza-Untersuchungsausschuss in den Mittelpunkt gerückt: Nicht nur die Opposition sieht die Verbindungen des Ausschuss-Vorsitzenden zum Glücksspielkonzern Novomatic als unvereinbar mit seiner Rolle an, auch der Koalitionspartner, die Grünen, sind von Sobotka abgerückt: Dieser solle den Vorsitz zumindest vorübergehend ruhen lassen und nochmals als Zeuge geladen werden, um Widersprüche aufzuklären, so die grüne Fraktionsführerin, Nina Tomaselli. Nachsatz: „Kann er die Widersprüche nicht aufklären, dann geht sich das nicht mehr aus mit dem Vorsitz.“

1 Welche Geldflüsse gab es von Novomatic an das Umfeld von Wolfgang Sobotka?

Im Untersuchungsausschuss wurde diese Woche bekannt, dass das Alois-Mock-Institut, dessen Präsident Sobotka ist, deutlich mehr erhalten hat als bisher bekannt: Insgesamt waren es laut einem Bericht der Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft 109.000 Euro im Zeitraum von 2013 bis 2019. In den ersten drei Jahren gab es fixe Beträge, nämlich 30.000, 20.000 und 10.000 Euro als „Kostenersatz“. Danach folgten genauere Abrechnungen, insgesamt scheinen in den Jahren 2016 bis 2019 48.934 Euro in den Büchern von Novomatic auf. Als Verwendungszweck wurden Saalmieten, Catering und Inserate angeführt.

Neben dem Mock-Institut gibt es noch zwei weitere Verbindungen von Novomatic zu Sobotka: So hat der Glücksspielkonzern das Kammerorchester Waidhofen mit 8000 Euro gesponsert. Sobotka tritt dort regelmäßig als Dirigent auf. Und auch für die niederösterreichische Landesorganisation des ÖAAB, deren Obmann Sobotka war, hat Novomatic eine Veranstaltung mit 2400 Euro gesponsert.

2 Hat Sobotka im Untersuchungsausschuss als Zeuge die Wahrheit gesagt?

Die 108.000 Euro sind deutlich mehr als das, was bisher bekannt war – nämlich 14.000 Euro für Inserate im „Mock Report“. Sobotka hat im Untersuchungsausschuss auch angegeben, dass Novomatic zusätzlich noch das Buffet und Räumlichkeiten für Veranstaltungen beigesteuert habe. Aber, so der Präsident: „Sonst gab es nichts, was an das Alois-Mock-Institut in irgendeiner Form als Sponsoring oder als Spende oder als Sachleistung geflossen ist.“

Wie erklärt sich nun die Differenz? Sobotka selbst hat noch nicht Stellung genommen, sein Sprecher und das Mock-Institut führen aber zwei Gründe dafür an. Der eine: Sobotka habe sich bei seiner Aussage auf den Untersuchungszeitraum bezogen. Dieser läuft von Dezember 2017 bis Dezember 2019 und gibt auch den Abgeordneten bei den Befragungen einen engen Rahmen vor: Fragen zu Vorgängen außerhalb dieses Zeitraums dürfen prinzipiell nicht gestellt werden. Damit liegen aber auch die problematischen pauschalen „Kostenersätze“ der ersten drei Jahre außerhalb des Zeitraums. Der zweite Grund: Es handle sich da um interne Aufzeichnungen der Novomatic, die nicht an das Mock-Institut weitergeleitet wurden. Sobotka konnte somit gar nicht wissen, wie viel Novomatic beispielsweise für Catering oder Saalmieten ausgegeben hat.

Für die Opposition sind die Aussagen trotzdem problematisch, und das vor allem aus einem Grund: Sobotka habe angegeben, dass es kein Sponsoring und keine Sachleistungen gegeben habe. Aber die Übernahme von Veranstaltungskosten sei zweifellos eine Sachleistung. Die SPÖ bereitet eine Sachverhaltsdarstellung wegen falscher Zeugenaussage vor.

3 Warum ist die Nähe zu Novomatic ein Problem?

Eine Entscheidung der Staatsanwaltschaft, ob Ermittlungen eingeleitet werden, liegt noch nicht vor, doch strafrechtlich sollte die Angelegenheit kein Problem sein. Sponsoring von parteinahen Organisationen ist erlaubt, auch eine verdeckte Parteienfinanzierung wäre nicht verboten gewesen. Auch finanzielle Konsequenzen hätte das für die ÖVP keine: Die Regeln für die Annahme von Spenden sind erst knapp vor der Nationalratswahl 2019 verschärft worden.

Problematisch ist die Angelegenheit in Zusammenhang mit Sobotkas Rolle im Untersuchungsausschuss: „Novomatic zahlt alle“, hat Heinz-Christian Strache im Ibiza-Video gesagt. Es war eine der Kernaussagen in dem Video und einer der Gründe, warum dieser U-Ausschuss überhaupt eingerichtet wurde: Um die Einflussnahme von Konzernen auf die Politik zu untersuchen. Dass ausgerechnet der Vorsitzende des Untersuchungsausschusses einer der Profiteure dieser Praxis gewesen sein soll, führt die parlamentarische Untersuchung ins Absurde.

4 Kann Sobotka als Vorsitzender abgelöst werden?

Nein, das ist in der Verfahrensordnung für Untersuchungsausschüsse nicht vorgesehen. Dort ist vorgegeben, dass automatisch der Präsident des Nationalrats auch Vorsitzender des U-Ausschusses ist. Er kann lediglich selbst den Vorsitz abgeben, und zwar an den Zweiten oder Dritten Nationalratspräsidenten oder an einen von ihm selbst bestimmten Stellvertreter. Sobotka hat auch schon bekräftigt, Vorsitzender bleiben zu wollen. Lediglich nächste Woche will er sich vertreten lassen – aus Termingründen.

„Standard“, 03.10.2020

Notenbank-Vizepräsidentin half Sidlo in Sattel

Barbara Kolm, seit September 2018 Vizepräsidentin des OeNB-Generalrats, machte sich für die Bestellung Peter Sidlos in den Casinos-Vorstand stark – stärker als bisher bekannt. Auch sonst unterstützte sie blaue Jobbemühungen.

Renate Graber

Foto: APA/Neubauer

Barbara Kolm wurde von Heinz-Christian Strache in Chats über seinen Ärger zu koalitionärer Postenvergabepraxis involviert.

Heinz-Christian Strache freute sich. „Juhuuu!!!! ;)“, rief er am 28. März 2019 kurz nach elf Uhr per SMS aus, nachdem ihm Barbara Kolm von der Bestellung Peter Sidlos in den Vorstand der Casinos Austria informiert hatte: „Hat geklappt für Peter S. heute!“, so Kolm, die im September 2018 auf einem FPÖ-Ticket als Vizepräsidentin des Generalrats in die Nationalbank gekommen war. Der Freiheitliche Sidlo war am Tag des Chats, der sich in Unterlagen des Ibiza-U-Ausschusses findet, zum Finanzvorstand des Glücksspielkonzerns gekürt worden. Die WKStA vermutet dahinter einen Deal zwischen Novomatic und FPÖ, was alle Beteiligten bestreiten.

Ökonomin Kolm, Präsidentin des Hayek-Instituts und Chefin des Austrian Economics Center, hatte sich für Sidlo verwendet, sie schätzte die Fähigkeiten ihres Generalratskollegen, sagt sie auch heute.

Wie sehr sie sich engagierte und wie sie von der FPÖ in Fragen von Postenbesetzungen involviert wurde, erschließt sich aus etlichen Chats. Casag-Aktionärin Sazka legte sich ja gegen Sidlo quer. Der Präsident des Casinos-Aufsichtsrats, Walter Rothensteiner (auch im OeNB-Generalrat), hatte persönliche Bedenken gegen Sidlo. Und Personalberater Zehnder hielt den Juristen als Finanzvorstand für nicht qualifiziert. Kolm unterstützte Sidlo, rief auch den Headhunter an.

Warum? Er habe sie gefragt, ob er sie in den Referenzen angeben könnte, was sie aus Überzeugung getan habe, erzählt sie, mit seiner Bestellung habe sie nichts zu tun. Mit deren Vorbereitung aber schon.

Am 14. Jänner 2019 schrieb Kolm an Novomatic-Chef Harald Neumann, der auch im Casag-Aufsichtsratspräsidium saß. Sie habe „eben ein ausführliches Gespräch mit RS in unserer Sache gehabt“; gemeint war PS, also Sidlo. Zwei Wochen später war Feuer am Dach. „Schaut nicht gut aus!! Headhunter hat nicht sehr positiv reagiert! (...)“ alarmierte Neumann die Notenbank-Kontrollorin. Kolm: „Bin dran.“ Im Februar standen Sidlos Sterne besser, seine Bestellung „sollte durchgehen, zumindest hat Rothensteiner das

> „Ich habe mich in vielen Gesprächen, auch mit internationalen Fachleuten, in die FMA-Reform eingebracht.“
>
> Barbara Kolm

zugesagt! Let's hope ;) ...“, teilte Neumann Kolm mit, die ihre „fingers crossed“ hielt, also Daumen drückte. Mitte März telefonierte sie mit einer Anwältin einer Kanzlei, die rund um den Bestellungsvorgang involviert war. Vor der Aufsichtsratssitzung mit den Hearings sprach sie mit einer Casag-Aufsichtsrätin, laut Chats ging's um Fragen, die man dem von Sazka nominierten Vorstandskandidaten Martin Skopek im Hearing stellen könnte. Sidlo schrieb danach an Neumann, die Aufsichtsrätin werde „situationsabhängig die besprochenen Fragen an Skopek stellen“. Offenbar sollten unangenehme Frage an Sidlo mit unangenehmen Fragen an Skopek vergolten werden.

In ihrer Zeugeneinvernahme vom 17. September beantwortete Kolm Nachfragen der Ermittler dazu so: Sie habe mit der Aufsichtsrätin „allgemein besprochen, welche Fragen fachlicher Natur man in einem Hearing stellen sollte“. Das Hearing lief dann „besser als erwartet! PS war sehr gut, fast keine allzu dummen Fragen ;))“, teilte Neumann Kolm nach der Sitzung dann mit. Am 28. März war Sidlo durch.

Wirbel um FMA-Reform

Keinen Monat später ging es schon wieder rund. Strache sah die Blauen bei den Postenvergaben benachteiligt und echauffierte sich in einem Chat mit mehreren Blauen, darunter Kolm, über Bundeskanzler Sebastian Kurz und drohte mit Blockade bei der FMA-Reform. Entgegenkommen gebe es nur, wenn die FPÖ den zweiten Vorstand bekomme. Letztlich kam die Aufsichtsreform aber nicht. „Was Kolm damals für die geplante Erneuerung tat?“, fragen sie die Ermittler. Sie habe sich „in vielen Gesprächen, auch mit internationalen Fachleuten, in diese Reform eingebracht“.

Nach Sidlos Bestellung zeigte sich Kolm gleich wieder tatendurstig: „Jetzt gehen wir die Nächsten an. Hatte vorgestern Gespräch mit/für Peter Fichtenbauer“, schrieb sie Strache. Ob sie der Volksanwalt (seine Funktionsperiode endete im Juni 2019) auch um Referenzen gebeten hat? Diese Frage hat Kolm dem STANDARD nicht beantwortet.

„Gewinn“, 02.10.2020

40 Years
NOVOMATIC

1980 wurde in Gumpoldskirchen der Grundstein für vier erfolgreiche Jahrzehnte gelegt, in denen die NOVOMATIC-Gruppe zu einem der größten und innovativsten Gaming-Technologiekonzerne der Welt geworden ist, der mittlerweile rund 30.000 Mitarbeiter beschäftigt.

www.novomatic.com

„Kurier“, 02.10.2020

Amoralisch oder ganz verboten

Untersuchungsausschuss. Was ist konkret strafbar und was nicht? Die Korruptionsexperten Franz Fiedler und Georg Krakow bewerten die wichtigsten Teil-Aspekte der Casinos-Affäre

Analyse

VON C.BÖHMER, R. LINDORFER

Verhökerte Glücksspiel-Lizenzen, Postenschacher, illegale Parteispenden – und jetzt auch noch die Debatte, ob ausgerechnet der Nationalratspräsident geschwindelt hat: Es gibt wahrlich einfachere Übungen, als im Ibiza-Untersuchungsausschuss den Überblick zu bewahren.

Anlässlich der Aufregung um Wolfgang Sobotka hat der KURIER die Korruptionsexperten Franz Fiedler und Georg Krakow gebeten, wichtige Teil-Aspekte des Ausschusses zu bewerten.

REUTERS / TORU HANAI

Frage im U-Ausschuss: Gab es einen Top-Job gegen eine Gesetzeslockerung?

• Postenschacher

Eine der wichtigsten Vorwürfe, die im U-Ausschuss untersucht werden, ist dieser: Die FPÖ hat einen Top-Job in den Casinos bekommen und soll im Gegenzug versprochen haben, Glücksspielgesetze zu lockern. Im Detail wird die Sache kompliziert. Denn zum einen ist bis heute offen, welche Gegenleistung die größere Koalitionspartei, die ÖVP, von dem Sidlo-Deal gehabt haben soll. Zudem ist bei dem Parteigänger, Peter Sidlo, strittig, ob er dem Job nicht gewachsen war. So hat der Vorsitzende des Aufsichtsrats ausgesagt, Sidlo sei qualifiziert. Eines ist für Experte Krakow klar: „Wenn nachweislich ein Vorteil angeboten wird, um ein Amtsgeschäft zu bekommen, erfüllt das jedenfalls den Tatbestand eines Korruptionsdelikts.“ Das Korruptionsstrafrecht habe eine Besonderheit: „Der Tatbestand ist sehr früh erfüllt, nämlich bereits dann, wenn ein Vorteil versprochen oder nur angeboten wird.“

Was bedeutet das für die nun thematisierten Chat-Protokolle zwischen FPÖ- und ÖVP-Politikern bzw. der Novomatic? „Das kann man nicht anhand einzelner Nachrichten beantworten“, sagt Krakow. Es liege an der Justiz, den Kontext zu klären. „Denn es ist ein großer Unterschied, ob man Fragen sarkastisch oder todernst beantwortet.“

AP/GEORG HOCHMUTH

Krakow: Politischer Wille kann sich auch finanziell ausdrücken

JEFF MANGIONE

Fiedler: Regierungsvorlage gegen Posten wäre illegal

• Vereine als Zwischenstation für Parteispenden

„Die Methode ist seit vielen Jahren dieselbe: Man unterstützt nicht die Partei direkt, sondern einen Verein, der von sich aus Werbung im Wahlkampf macht oder Veranstaltungen organisiert“, sagt Fiedler. Genau das, also eine Umgehung des Parteiengesetzes bzw. der erlaubten Parteispenden, steht bei diversen Vereinen (Institut für Sicherheitspolitik, Alois-Mock-Institut, etc.) im Raum. Verstöße dagegen sind aber nur Verwaltungsdelikte. Experte Krakow sieht noch ein anderes, grundsätzliches Problem: „Es gibt zwei Pole: Auf der einen Seite gibt es die Freiheit der Bürger, ihren politischen Willen durch Zuwendungen auszudrücken. Nicht jeder, der politisch denkt, will selbst in die Politik gehen – aber er oder sie darf jemanden unterstützen.“ Auf der anderen Seite liege der Wunsch, dass man die Politik nicht kaufen kann. „Hier auszutarieren ist schwierig“, sagt Krakow. In einem ist er sicher: „Es gibt zu viele Umgehungsmöglichkeiten für das Parteiengesetz.“

• Möglicher Meineid

Muss sich Sobotka demnächst wegen Meineids verantworten? Immerhin hat er unter Wahrheitspflicht gesagt, sein Alois-Mock-Institut habe nur 14.700 Euro von der Novomatic erhalten; tatsächlich könnten die Zuwendungen höher sein *(siehe Artikel)*. Hat Sobotka demnach ein Problem? Krakow ist zurückhaltend – und bringt ein Beispiel: „Die falsche Zeugenaussage ist als Tatbestand nicht so simpel, wie sie klingt. Wenn man bei einem Verkehrsunfall gefragt wird, welche Farbe der Mantel hat, der zu Hause hängt, ist es letztlich egal, ob man vorsätzlich falsch antwortet oder nicht – weil es für den Gegenstand des Verfahrens keine Rolle spielt.“

109.000 € Sponsoring? Mock-Institut wehrt sich

Parteinaher Verein. Wie viel waren es jetzt? 14.700 Euro – oder doch 109.000 Euro?

Am Donnerstag setzte sich die Debatte um das „Alois-Mock-Institut“ fort. Nachdem medial kolportiert geworden war, dass der Novomatic-Konzern das von Wolfgang Sobotka gegründete Institut nicht nur mit zwei Inseraten, sondern mit 109.000 Euro unterstützt haben soll, drängten sich zwei Fragen auf: Hat Sobotka unter Wahrheitspflicht im U-Ausschuss falsch ausgesagt – immerhin nannte er die 14.700 Euro? Und: Was ist mit dem Geld passiert?

Das Institut wies die Behauptung scharf zurück: Die 109.000 Euro seien nie an das Institut geflossen. Vielmehr handle es sich um Aufwendungen bei Veranstaltungen (Saalmiete, Catering etc.), die konzern-intern verrechnet worden seien. Wer anderes behaupte, gegen den behalte man sich rechtliche Schritte vor.

Was wird ermittelt

Illegale Parteispenden
Auf Ibiza hatte Heinz-Christian Strache über illegale Spenden gesprochen. Ermittelt wurde dann gegen Vereine, die der FPÖ, SPÖ oder ÖVP zugerechnet wurden, sowie gegen Vertreter der genannten Unternehmen. Die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft hat diesen Verfahrensstrang kürzlich eingestellt. Gegen Strache und Ex-Klubchef Johann Gudenus wird aber noch in anderen Verfahrenssträngen ermittelt

Rund um die Casinos-Causa
Zur Frage, ob es für die Besetzung von Peter Sidlo als Finanzvorstand der Casinos Austria AG (Casag) einen politischen Deal gab, dürfte weiterhin u. a. gegen Sidlo, Casinos-Aufsichtsratspräsident Walter Rothensteiner, die Ex-Finanzminister Hartwig Löger und Josef Pröll (ÖVP), Ex-Finanz-Generalsekretär Thomas Schmid und Vertreter des Glücksspielkonzerns Novomatic wie Ex-Chef Harald Neumann ermittelt werden. Die WKStA bestätigt das aber offiziell nicht, da es sich um einen Verschlussakt handelt

Konsum von Suchtgift
Die Staatsanwaltschaft Wien hat die Ermittlungen wegen Suchtgift-Konsum gegen Gudenus eingestellt. Ausschnitte aus einem von der „SOKO Tape“ sichergestellten Video zeigten ihn ja in einschlägiger Pose. Auch die Suchtgift-Ermittlungen gegen Schmid wurden eingestellt

Neue Anzeige zu Novomatic
Im Mittelpunkt eines möglichen Deals mit der Novomatic – Stichwort Gesetzeskauf – stand anfangs die FPÖ. Jan Krainer, Fraktionschef der SPÖ im U-Ausschuss, glaubt nun, dass es auch einen ÖVP-Deal gab. Er brachte eine Anzeige gegen ÖVP-Finanzminister Gernot Blümel, dessen Vorgänger Löger sowie gegen Schmid und Neumann ein. Die Vorwürfe: Amtsmissbrauch, Falschaussage und Bestechlichkeit. Für alle Genannten gilt die Unschuldsvermutung

„Standard“, 02.10.2020

Chatten, still und leise regeln und Chats löschen

Casinos-Aufsichtsrat Pröll löschte Nachrichten mit Neumann und Rothensteiner

Wien – Die Ermittlungen der WKStA in der Causa Casinos und allem, was dazugehört, befördern immer wieder interessante Chats zutage. So hat sich etwa der damalige Vizekanzler und Sportminister Heinz-Christian Strache (FPÖ) im April 2019 mit seinem Parteifreund im Finanzministerium, Staatssekretär Hubert Fuchs, über die von der FPÖ angepeilten Änderungen im Glücksspielgesetz unterhalten.

Auch für Glücksspielunternehmer Z. sollte die Novelle Vorteile bringen, das ist bekannt. Am 10. April bat Fuchs Strache: „Vielleicht kannst Z. auch reinverhandeln!“ Der: „Das ist Casino und Wett-Online-Paket ... bitte regle du das mit Löger!“ Fuchs: „ok“. Das Regeln mit ÖVP-Finanzminister Hartwig Löger sollte diskret erfolgen, darauf wies Strache so hin: „Am besten still und leise über Löger !!!“, was Fuchs mit einem „Verstanden“ quittierte.

Sehr viel chattete auch der damalige Novomatic-Chef Harald Neumann. Vor dem Vorstandsumbau in den Casinos Austria, an denen die Novomatic mit 17 Prozent beteiligt war, gab es heftigen Streit mit Aktionär Sazka – der gegen Sidlos Bestellung war. Neumann, Casinos-Aufsichtsratschef Walter Rothensteiner und Josef Pröll (alle drei im Aufsichtsratspräsidium) unterhielten sich einige Male, vor allem, als das Thema in den Medien immer öfter aufgegriffen wurde.

„Zeit für Entscheidung!“

Am 18. März 2019 chattete Pröll mit Neumann und Rothensteiner: „Zeit Entscheidung zu treffen!“ Am 22. Juni schickte Neumann Aufsichtsratskollegen, Exfinanzminister (ÖVP) und Leipnik-Lundenburger-Chef Pröll eine wichtige Information weiter: dass Sazka ein Schiedsverfahren gegen Novomatic eingeleitet habe. (Vorwurf: Die Novomatic habe ihren Syndikatsvertrag mit Sazka gebrochen.)

Prölls Nachrichten haben die Ermittler aus den Handys seiner damaligen Gesprächspartner. Denn: Laut Kriminalisten wurden „sämtliche Nachrichten mit Harald Neumann von Prölls Mobiltelefon gelöscht“. Dasselbe gilt für den gesamten Chatverkehr Prölls mit Walter Rothensteiner.

Warum so diskret? Pröll will nur festhalten, dass er sämtliche gegen ihn erhobenen Vorwürfe umfassend bestreite und der regelmäßigen Löschung von Chat-Nachrichten schon allein vor diesem Hintergrund keinerlei Bedeutung zukomme. (gra)

„Standard“, 02.10.2020

Hoher Einsatz für Sobotkas Vereine

Foto: APA

Die Beziehungen zwischen der Novomatic und dem U-Ausschuss-Vorsitzenden Wolfgang Sobotka sorgen weiterhin für Kritik. Die prallt bisher an dem türkisen Urgestein ab.

Der Glücksspielkonzern Novomatic unterstützte großflächig Organisationen im Umfeld von Wolfgang Sobotka (ÖVP). Für vier von fünf Fraktionen im U-Ausschuss Grund genug, Sobotkas Rückzug als Vorsitzender zu fordern – erfolglos.

Renate Graber, Fabian Schmid

Wenn es politisch blitzt und donnert, dann blüht Wolfgang Sobotka erst auf. So beschreibt zumindest ein Weggefährte die Persönlichkeit des Nationalratspräsidenten. Wenn die Beschreibung stimmt, hat Sobotka gerade Spaß. Denn alle Parteien abseits der ÖVP schießen sich auf Sobotka ein. Der Grund dafür liegt in Sobotkas Beziehung zum Glücksspielkonzern Novomatic, der wiederum im Ibiza-Ausschuss eine zentrale Rolle spielt. Und dem sitzt Sobotka ja bekanntlich vor.

Rücktrittsforderungen gegen Sobotka gab es schon seit dem Beginn des U-Ausschusses, als erstmals bekannt wurde, dass das von ihm gegründete Alois-Mock-Institut für Inserate in dessen Mock-Report Geld von der Novomatic bekam.

Das war, so die Opposition, aber nur die Spitze des Eisbergs. Ein Bericht des Wirtschaftsexperten der Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKStA) ergab nun viele neue Erkenntnisse. Auf 56 Seiten (ohne Beilagen) wurden Geldflüsse der Novomatic an das Mock-Institut unter die Lupe genommen.

Schon ein Jahr nach der Gründung des Instituts 2012 unterstützte Novomatic den Verein tatkräftig: 30.000 Euro für „Kostenersatz“ wird in Novomatic-eigenen Unterlagen notiert. Es folgten 20.000 und 10.000 Euro. Im April 2016 verließ Sobotka St. Pölten: Der Finanzlandesrat wurde Innenminister.

Sponsoring fürs Orchester

Statt „Kostenersatz“ gab es dann genauere Abrechnungen, insgesamt notierte die Novomatic für die Jahre 2016 bis 2019 exakt 48.934 Euro.

Dem Wirtschaftsexperten der WKStA fielen aber noch mehr Details auf: etwa dass Novomatic ab Juni 2019 auch das Kammerorchester Waidhofen sponserte, vorerst einmal mit 8000 Euro. Dessen regelmäßiger Dirigent: Sobotka.

Und wie kam es, dass die Novomatic den Vortrag eines Politikberaters bezahlte, den der am 13. März 2017 für den niederösterreichischen ÖAAB (NÖAAB) gehalten hatte? Der Berater erklärt die Genesis der Geschichte so: Er sei vom NÖAAB zu der Veranstaltung eingeladen worden. Unter dem Vortragstitel „Die neuen Prinzipien erfolgreicher Politik“ habe er zehn Thesen präsentiert, stattgefunden hat das im Haus 2.1 in St. Pölten. „Irgendjemand vom NÖAAB muss mir gesagt haben, dass ich die Rechnung an die Novomatic stellen soll“, erinnert er sich nur schwach an das weitere Vorgehen, es sei zwar die Ausnahme, komme aber vor, dass solche Vorträge gesponsert und vom Sponsor bezahlt würden. Er habe verlangt, dass das ausgewiesen werden müsse.

Und wie begründet der Glücksspielkonzern die Angelegenheit? Novomatic habe „die Veranstaltung ... in der Höhe von 2400 Euro unterstützt, wofür im Gegenzug u. a. das Logo der Novomatic platziert wurde“. Novomatic sei nicht der einzige Kooperationspartner gewesen und wolle als großer Arbeitgeber auch beim NÖAAB präsent sein. Laut ÖVP Niederösterreich war der Betrag unter den Meldepflichten für den Rechnungshofbericht.

Die WKStA hat jedenfalls schon einen Vorhabensbericht an die Oberstaatsanwaltschaft Wien geschickt. Über dessen Inhalt, also Aufnahme von Ermittlungen oder Zurücklegung der Anzeige, wird die Öffentlichkeit nicht informiert. Allerdings: Die Causa wird wohl zurückgelegt werden, strafrechtliche Ermittlungen dürften nicht folgen.

Darauf deutet zum einen die Geschwindigkeit hin, in der die WKStA ihren Vorhabensbericht erstellt und abgeschickt hat. Anders gesagt: Hätten die Ermittler Hinweise, dass mehr hinter der Sache steckt, würden sie länger für die Anfangsverdachtsprüfung brauchen.

Eher kein Strafverfahren

Aus den Erkenntnissen des Wirtschaftsexperten erschließen sich Gründe für eine allfällige Zurücklegung der Anzeige. Bei den atypisch hohen Zahlungen der Jahre 2014 und 2015 – einmal exakt 30.000, einmal exakt 20.000 Euro – vermisst der Experte konkrete Leistungsverzeichnisse, zudem fielen ihm die „auffallend runden“ Beträge auf.

Eine direkte Verbindung der Zahlungen zu einem konkreten Amtsgeschäft, die Voraussetzung für Korruption ist, dürfte sich auch nicht herstellen lassen. Und selbst wenn das der Fall (gewesen) wäre: Die Sache wäre verjährt. Der „Kostenersatz“ aus dem Jahr 2016, die 10.000 Euro, entsprechen ungefähr den Kosten für Catering und Ähnliches, die in den Jahren darauf übernommen wurden. Kurzum: kein Anfangsverdacht, keine Ermittlungen.

Die Frage, ob Sobotka, der als Auskunftsperson in dieser Angelegenheit sagte, es habe „nie“ so etwas wie Spenden oder Sponsoring gegeben, damit die Wahrheit gesagt hat, bleibt offen. Er selbst lässt von Sprechern ausrichten, das sei die Wahrheit, die Opposition sieht es anders. Das Mock-Institut sagt dazu: „Die in diversen Foren genannten Summen, welche angeblich an das Alois-Mock-Institut überwiesen wurden, werden seitens des Instituts entschieden zurückgewiesen.“ Es handle sich um Novomatic-interne Verrechnungen, die „mit direkten Zahlungen an das Institut vermischt werden“ dürften. In der ÖVP gibt es jedenfalls keinen Druck auf Sobotka. Ausgeschert ist der EU-Abgeordnete Othmar Karas. Er verbreitete ein Zitat von Alois Mock: „Am Ende lohnt es sich, anständig und korrekt zu bleiben.“

Kommentar Seite 32

„Kronen Zeitung“, 02.10.2020

Ibiza: Chats, Anfragen und Spenden

Die Aufreger des Ausschusses

Politische Aufarbeitung: Es waren zwei turbulente Tage diese Woche. Brisante Aussagen eines Glücksspielinsiders (es gibt eine parlamentarische Anfrage), brisante Handynachrichten sowie Streit um den Vorsitzenden und das Alois-Mock-Institut.

Der Ausschuss brachte Aufregung in dieser Woche. Etwa die Chats zu Treffen zwischen dem heutigen Finanzminister Blümel und Novomatic-CEO Neumann (2018/2019, auch nach Ibiza). Oder die Aussagen von Peter Barthold. Der Ex-Partner von Novomatic berichtete von Bestechungsversuchen und pikanten Treffen, etwa eines hochrangigen Ministerialbeamten mit einem Novomatic-Lobbyisten im Februar 2020. Die Neos brachten gestern eine parlamentarische Anfrage dazu an den Innenminister ein. Um welchen Beamten handelte es sich, und worum ging es? Und dann ist da noch das Alois-Mock-Institut, dessen Präsident Ausschussvorsitzender Sobotka ist. Über 100.000 Euro an Spenden soll das Institut von Novomatic erhalten haben. Das Institut stellt klar: Es habe nie Spenden gegeben. Von 2017 bis 2019, also im relevanten Untersuchungszeitraum, seien jährlich von Novomatic zwei Inserate geschaltet worden. Gesamtwert 14.700 Euro. Sobotka: „Es gab immer Gegenleistungen. Alles ist transparent.“ Die Opposition fordert dennoch einmal mehr seinen Abgang wegen Befangenheit. Er denkt nicht daran. EV

Foto: www.picturedesk.com

Zwei Worte, ein Wunsch: Doch wird er auch erfüllt?

„www.isa-guide.de“, 01.10.2020

Hauptstadtpartner von Beginn an: Spielbank Berlin feiert 45. Geburtstag

Berlin – Am 01. Oktober 1975 rollte in der Spielbank Berlin zum ersten Mal die Roulettekugel, geworfen von Schauspielerin Loni Heuser: Der Auftakt für eine lange Erfolgsgeschichte und eine nachhaltige Partnerschaft zwischen der Spielbank und der Stadt Berlin. Damals öffnete die Spielbank ihre Pforten im Europa-Center in Westberlin. 23 Jahre später ging es ins Herz der wiedervereinten Metropole, an den Potsdamer Platz. Dort residiert die Spielbank seitdem und begrüßt an dem Standort und in den weiteren Niederlassungen am Alex, am Ku‘damm und in Spandau insgesamt mehr als eine halbe Million Besucher pro Jahr. Mehr als 500 Angestellte kümmern sich um die Gäste und sorgen für ein spannendes Spielerlebnis und so ist die Spielbank Berlin für Besucherinnen und Besucher der Stadt sowie für Einheimische ein fester Anziehungspunkt.

Die Geschäftsführer der Spielbank Berlin: (v.l.n.r.) Marcel Langner, Gerhard Wilhelm und David Schnabel. (Foto: Spielbank Berlin)

„Als die Spielbank Berlin 1975 im Europa-Center öffnete, war die Stadt in kaum einer Weise vergleichbar mit heute“, so **Gerhard Wilhelm, Sprecher der Geschäftsführung der Spielbank Berlin**. „Die Stadt war noch in Ost und West geteilt. Vieles hat sich seitdem verändert, doch vor allem hat sich Berlin in diesen 45 Jahren zu einer internationalen und vereinigten Metropole entwickelt, die einen ganz besonderen Charme hat und Menschen aus aller Welt anzieht. Wir freuen uns, dass wir mit der Spielbank Berlin nun schon seit 45 Jahren in dieser besonderen Stadt präsent sind und einen Teil zur Attraktivität Berlins für die Menschen beitragen.“

Eines blieb über all die Jahre immer gleich: Die tiefe Verbundenheit zur Stadt Berlin und ganz besonders zum Hauptstadtsport, denn schon von Beginn an war die Partnerschaft mit dem Berliner Sport fest in der DNA der Spielbank verwurzelt. 1975 war es die Sport-Legende Gustav Jaenecke, der das Unternehmen gründete. Jaenecke war und ist bis heute der erfolgreichste deutsche Eishockeyspieler. Er gewann Silber und Bronze bei Weltmeisterschaften, wurde Europameister und insgesamt 13 Mal Deutscher Meister. Darüber hinaus war Jaenecke auch ein herausragender Tennisspieler und wurde Deutscher Tennismeister 1932. Als er 1951 seine Karriere beendete blieb Jaenecke dem Spiel treu, gründete 1975 die Spielbank Berlin und wurde deren Gesellschafter bis zu seinem Tod 1985.

Seither ist die Spielbank Berlin so dem Hauptstadtsport verbunden und unterstützt aktuell unter anderem die Füchse Berlin, die BR Volleys, ALBA Berlin, die Eisbären, Hertha BSC, 1. FC Union Berlin, das Internationale Stadionfest (ISTAF), aber auch den Breitensport in Berlin. Hinzu kommen zahlreiche weitere kulturelle Veranstaltungen wie beispielsweise das Classic Open Air, die Pyronale, der Deutsche Filmpreis und der Bundespresseball.

„Leider ist es aufgrund der Corona-Situation aktuell nicht möglich, unseren Geburtstag groß zu feiern“, so Gerhard Wilhelm. „Allerdings haben wir Jubiläumsaktionen für unsere Gäste in unseren Standorten vorbereitet und sind uns sicher, auch in diesen schwierigen Zeiten unser Jubiläum angemessen zu begehen. Ich danke allen Gästen und Gratulanten, die diesen besonderen Anlass mit uns gemeinsam gefeiert haben! Für die Zukunft gilt, dass auch wenn die Spielbank Berlin bereits zu den größten und erfolgreichsten Spielbanken des Landes gehört, wir uns auch an unserem Jubiläum nicht einfach mit dem bisher Erreichten zufriedengeben wollen. Wir prüfen stetig die Möglichkeiten, die Spielbank Berlin zu einem noch attraktiveren Anziehungspunkt und bedeutenden Partner unserer Stadt zu machen. Wir freuen uns auf die kommenden Jahre!“

„Kronen Zeitung“, 01.10.2020

U-Ausschuss zu Ibiza und Co. Es tauchen erneut Handynachrichten auf

Und wieder gibt es Chats

Foto: www.picturedesk.com

Minister Blümel textete mit Novomatic

Knapp vor der Wahl in Wien tauchen Belege für Handy-Verkehr zwischen ÖVP-Spitzenkandidat Gernot Blümel und Ex-Novomatic-CEO Harald Neumann auf. Es ging um die Lage bei den Casinos. Die Kanzlerpartei lässt dies kalt, man sieht dahinter reines Wahlkampfgetöse.

Der Wien-Wahlkampf hat seine Ausläufer auch im Ibiza-U-Ausschuss (Postenschacher sowie versuchter Gesetzeskauf werden vermutet im Kontext von Novomatic, ehemals beteiligt an den teilstaatlichen Casinos Austria). Nun tauchen Chats auf, die Kontakte zwischen dem heutigen Finanzminister und ÖVP-Wien-Kandidat Gernot Blümel mit Ex-Novomatic-CEO Neumann aus 2018/19 belegen (es ging um die Lage der Casinos, man ist per Du). Diverse Medien verfügen über diese Chats, die gestern im Ausschuss SPÖ-Fraktionsführer Jan Krainer vorlas und die zeigen, dass Novomatic-Gründer Graf und Neumann via Blümel einen Termin mit Kanzler Kurz fixieren wollten – zum Treffen kam es laut Kurz' Aussage im Ausschuss nicht. Solche Treffen wären rein rechtlich auch nicht problematisch gewesen.

Blümel, der sich nicht äußern will (für die ÖVP ist es reines Wahlkampfgetöse), und Neumann kommunizierten mehrmals über Termine, auch nach Erscheinen des Ibizavideos – man vereinbarte u. a. ein Fischessen im Novomatic-Forum. Neumann: ***Da hört uns wenigstens niemand zu!*** Blümel: ***13 Uhr im Forum. Freu mich!***

Erich Vogl

„Wiener Zeitung“, 01.10.2020

„Es geht um ein Milliardengeschäft“

Ex-Glücksspielbetreiber Barthold gab Einblicke in die Branche. Für seine Aussage im Ibiza-U-Ausschuss sei ihm im Vorfeld Geld angeboten worden, erklärte er.

Von Daniel Bischof

Der Kampf um Casino-Lizenzen, Verbindungen zwischen Politikern und der Novomatic: Einblicke in die Glücksspielbranche hat am Mittwoch im Ibiza-U-Ausschuss Peter Barthold gegeben. Der Ex-Rapid-Torwart betrieb nach seiner sportlichen Karriere Lokale, in denen Automaten des Glücksspielkonzerns Novomatic aufgestellt waren.

Anfang 2015 ging die Geschäftsbeziehung zwischen Novomatic und Barthold mit dem Ende des kleinen Glücksspiels in Wien auseinander. Barthold war darüber verärgert: Denn Novomatic habe ihm mündlich versprochen, dass die Kooperation jedenfalls bis 2024 fortgesetzt werde. Es folgte ein jahrelanger Zivilprozess, den Barthold letztlich verlor.

Durch seine Arbeit habe er Insiderwissen über die Branche gesammelt, meinte Barthold: „Ich habe wirklich gesehen, was sich abgespielt hat in den Lokalen, was passiert, wenn man ins Glücksspiel hineinkippt.“ Dass er selbst Millionenbeträge verspielt habe und nur deswegen Novomatic geklagt habe, wie von manchen Medien behauptet, wies Barthold zurück.

Lizenzen im Fokus

Im U-Ausschuss wird untersucht, ob Novomatic einen illegalen Deal mit türkis-blauen Politikern geschlossen hat, um an Glücksspiel-Lizenzen zu kommen. Der Konzern und die beschuldigten Politiker bestreiten das. Barthold erklärte, dass Novomatic sich bereits 2006 intensiv um eine Online- und Casino-Lizenz bemüht habe. Diese Lizenzen besitzen derzeit die Casinos Austria und ihre Tochtergesellschaft Österreichische Lotterien.

„Da geht es um ein Milliardengeschäft“, sagte Barthold. Ein Geschäft, bei dem die Novomatic „klar benachteiligt“ sei. Denn andere Anbieter würden sich in Österreich zwar nur als Online-Wettanbieter positionieren, aber trotz fehlender Lizenz mit Casinospielen Geld machen.

Novomatic habe für eine Gesetzesänderung bei den Lizenzen lobbyiert und dazu einen Masterplan bei PR-Profi Peter Hochegger erstellen lassen. Beinahe sei es 2006 zu einer Gesetzesnovelle im Sinne der Novomatic gekommen, so Barthold. In letzter Minute sei diese gekippt worden. Unter Türkis-Blau sei die Lobbyarbeit genauso wie 2006 weitergegangen: „Sie können aus dem Masterplan das Jahr 2006 durchstreichen und 2018 hinschreiben und es wäre das Gleiche.“

Einfluss auf Politik

Der Glücksspielkonzern habe immer wieder Einfluss auf die Politik genommen, meinte Barthold. Seine zwei Unternehmen seien von dem Konzern dafür benutzt worden, um einen Nationalratsabgeordneten sechs Jahre lang zu bezahlen und das BZÖ zu finanzieren. Auf der Schenkungsliste von Novomatic-Eigentümer Johann Graf stünden auch mehrere Personen mit Verbindungen zur Politik. So habe eine nahe Angehörige eines Mannes Geld erhalten, der im früheren Spielapparate-Beirat der Stadt Wien gesessen sei.

Bartholds Befragung verlief äußerst turbulent. Mehrfach wurde die Glaubwürdigkeit des Ex-Fußballprofis in Zweifel gezogen. ÖVP-Fraktionsführer Wolfgang Gerstl berief sich auf einen Medienbericht, wonach Barthold seine Befragung im Vorfeld mit den Grünen, Neos und der SPO abgesprochen haben soll. Barthold bestritt das. Er gab an, dass ihm Geld für seine Aussage im Ausschuss angeboten worden sei. Ihm sei von einem Mittelsmann eine Liste von Aussagen, die er im Sinne Novomatics tätigen hätte sollen, geschickt worden. Darauf habe er sich aber nicht eingelassen.

Peter Barthold sagte, im Vorfeld seiner Befragung seien „eigenartige Vorkommnisse in Richtung einer Drohung“ passiert.
Foto: apa/Hochmuth

Novomatic schloss aus, Barthold im Zusammenhang mit seinen Aussagen im Ausschuss Geld angeboten oder bezahlt zu haben. „Es wäre völlig lebensfremd anzunehmen, dass wir jemandem, mit dem wir seit Jahren im Rechtsstreit stehen, Geld anbieten würden“, so ein Sprecher. Man behalte sich rechtliche Schritte vor.

Neue Chatverläufe öffentlich

Am Mittwoch wurden auch SMS zwischen Ex-Novomatic-Vorstand Harald Neumann und Finanzminister Gernot Blümel (ÖVP) bekannt. Demnach haben sich die beiden über Ereignisse rund um die Casinos Austria ausgetauscht. Auch ein Termin zwischen Bundeskanzler Sebastian Kurz (ÖVP) und Novomatic-Gründer Johann Graf sollte organisiert werden. Das Treffen fand laut ÖVP nie statt. ■

„Die Presse“, 01.10.2020

Parlament. Ein Zeuge behauptet, Geld angeboten bekommen zu haben, wenn er Novomatic im Untersuchungsausschuss positiv darstellt. Der Glücksspielkonzern dementiert und bezeichnet den Vorwurf als „lebensfremd“.

Redefreudiger Ex-Tormann im U-Ausschuss

Aktionistische Aktenlieferung im U-Ausschuss. [APA]

Wien. Mit ungewohntem Redebedarf war am Mittwoch der Ibiza-Untersuchungsausschuss konfrontiert. Geladen war Ex-Rapid-Tormann Peter Barthold, der selbst sein Glück im Glücksspiel-Business gesucht hatte. Zwar konnte der ehemalige Novomatic-Geschäftspartner auf Fragen zum Untersuchungszeitraum wenig sagen, holte aber generell zu Verquickungen zwischen Branche und Politik aus. Für Aufsehen sorgte seine Aussage, Geld für Aussagen im U-Ausschuss angeboten bekommen zu haben.

Barthold hatte einst behauptet, Novomatic hätte ihm auch nach dem Ende des kleinen Glücksspiels in Wien eine Fortführung seiner Geschäfte bis 2024 versprochen. Dies sei auch schon die einzige Klage gegen den Konzern gewesen, meinte der Ex-Sportler. Er strich hervor, dass er durch sein Engagement tiefe Einblicke in die Branche habe: „Ich habe wirklich gesehen, was sich hier abgespielt hat, an vorderster Front. Was passiert, wenn man ins Glücksspiel hineinkippen kann.“

Dass er auch selbst zu stark ins Glücksspiel hineingekippt sei, bestritt Barthold in seinem Statement vor dem U-Ausschuss. Selbst die Casinos Austria hätten jüngst bestätigt, dass er kein „auffälliges Spielverhalten“ an den Tag gelegt habe, beteuerte er. Dennoch sei er in den vier Jahren, in denen die Staatsanwaltschaft (WKStA) gegen ihn ermittelte, „sehr schwer verleumdet“ worden. Das Verfahren gegen ihn sei schließlich eingestellt worden, betonte er.

Zu Vorgängen im Untersuchungszeitraum – Ende 2017 bis Ende 2019 – habe er zwar keine persönlichen Wahrnehmungen, „zum Untersuchungsgegenstand sehr wohl, aber nicht in den letzten fünf Jahren“, sagte Barthold. Er könne jedoch Einblick in Vorgänge aus dem Jahr 2006 geben – was manche Abgeordneten zum Teil dankbar annahmen. Das oft zum Ärger etwa des U-Ausschussvorsitzenden, Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka (ÖVP), der immer wieder versuchte, den ausufernden Plaudereien in eigener Sache Einhalt zu gebieten.

So drehte sich ein Großteil der Befragungs- und Antwortzeit um eine Schenkungsliste von Novomatic-Eigentümer Johann Graf. Laut dieser dürften oft Ehepartner von Personen – mitunter Politiker –, die mit dem Konzern in Verbindung stehen, erkleckliche Beträge, teilweise in Millionenhöhe, erhalten haben. Die Liste führte zu mehreren Debatten über die Geschäftsordnung, da mit der Nennung der Namen in Persönlichkeitsrechte eingriffen werde. Der Ausschuss wurde in geheimer Sitzung fortgeführt.

Blümel-Chats mit Novomatic

SPÖ-Fraktionsführer Jan Krainer legte der Auskunftsperson neu aufgetauchte Chats zwischen Ex-Novomatic-Chef Harald Neumann und Finanzminister Gernot Blümel (ÖVP) vor, wonach ein Termin mit Bundes-

kanzler Sebastian Kurz (ÖVP) organisiert werden sollte, bei dem auch Novomatic-Gründer Johann Graf dabei sein sollte. Blümel soll dies demnach goutiert haben. Das Material stammt aus der Datenauswertung beschlagnahmter elektronischer Geräte. Ob schließlich ein Termin stattfand, konnte nicht festgestellt werden.

Für Aufregung sorgte die Aussage Bartholds, Geld für seine Aussage im U-Ausschuss angeboten bekommen zu haben – und zwar von seinem ehemaligen Geschäftspartner Novomatic über eine dem Glücksspielkonzern nahe stehende Person. Er hätte demnach im Sinne Novomatics aussagen sollen und habe dazu durch einen Mittelsmann per E-Mail eine Liste mit erwünschten Aussagen erhalten. U-Auschussvorsitzender Sobotka kündigte daraufhin eine Anzeige an und sprach von „strafrechtlich höchst relevanten" Vorgängen. Die angebliche Antwortliste wurde in die U-Ausschuss-Akten aufgenommen.

Novomatic hat kategorisch ausgeschlossen, Peter Barthold im Zusammenhang mit seinen Aussagen im U-Ausschuss Geld angeboten oder bezahlt zu haben. „Es wäre auch völlig lebensfremd anzunehmen, dass wir jemandem, mit dem wir seit Jahren im Rechtsstreit stehen, Geld anbieten würden", so ein Sprecher. Noch dazu da Barthold, ehemals Geschäftspartner und dann erbitterter Gegner Novomatics, alle Verfahren verloren habe, die nicht eingestellt wurden. Der Konzern will auch rechtliche Schritte gegen Barthold prüfen.

In Abrede stellte Barthold, dass er sich mit Vertretern von Grünen, Neos und SPÖ im Vorfeld seiner Befragung getroffen haben soll, um seine Aussagen im Ibiza-U-Ausschuss abzusprechen. Dies hatte jene Person behauptet, die ihm angeblich das Angebot gemacht hat. (APA)

„Kurier“, 01.10.2020

U-Ausschuss: Geld für Falschaussage?

Bestechungsverdacht. Dem Ex-Novomatic-Geschäftspartner Peter Barthold, der am Dienstag im Ibiza-Untersuchungsausschuss befragt wurde, soll Geld für eine Aussage zugunsten von Novomatic angeboten worden sein. Laut eigenen Angaben habe er eine Liste mit Aussagen, die er hätte tätigen sollen, erhalten. Er aber habe sich darauf nicht eingelassen. Während der Ausschussvorsitzende Wolfgang Sobotka (ÖVP) die Causa „strafrechtlich höchst relevant“ nannte, schloss Novomatic aus, dass Barthold im Gegenzug für eine etwaige Aussage Geld angeboten worden sei.

„Standard“, 01.10.2020

Geldflüsse erhöhen Druck auf Sobotka

Neue Ermittlungsergebnisse zeigen, dass das von Wolfgang Sobotka (ÖVP) gegründete Alois-Mock-Institut mehr als 100.000 Euro vom Glücksspielkonzern Novomatic erhielt. Wieder einmal hagelt es Rücktrittsforderungen.

Fabian Schmid, Renate Graber

Wie eng ist die Beziehung zwischen der Novomatic, also einem der zentralen Akteure im U-Ausschuss, und dem Alois-Mock-Institut, das vom U-Ausschussvorsitzenden Wolfgang Sobotka gegründet worden ist? Das wollte auch Verfahrensrichter Wolfgang Pöschl wissen, als Sobotka am 5. September als Auskunftsperson geladen war. Der replizierte dann, dass man im Untersuchungszeitraum 2017 bis 2019 für Inserate im hauseigenen *Mock-Report* Geld erhalten habe, nämlich „zwei Inserate, jeweils zu 2000 Euro im Jahr 2017 – ein Inserat, also dann zwei, somit waren es 4000 – und in den Jahren 2018 und 2019 2500.“ Außerdem sei es „Thema der Kooperation“ gewesen, dass das Institut bei Veranstaltungen mit der Novomatic nichts für Raummiete und Bewirtung zahle.

Ermittlungsakten, die am Mittwoch aufgetaucht sind, zeigen, dass Sobotka unvollständig und möglicherweise irreführend ausgesagt hat. So erhielt das Mock-Institut in den Jahren 2017 bis 2019 insgesamt 14.700 Euro für Inserate. Außerdem wurden 8000 Euro für „Miete etc.“ und 17.000 Euro für „Catering“ von der Novomatic überwiesen.

Foto: APA

Am Mittwoch fand der letzte Ausschusstermin vor der Wien-Wahl statt. Man merkte die erhöhte Betriebstemperatur: Es hagelte Chats, Zeugeneinvernahmen und brisante Spekulationen.

„Kostenersatz“

Noch bedeutender sind die Jahre davor, die nicht in den Untersuchungszeitraum fallen: In den Jahren 2013 bis 2015 erhielt das Mock-Institut insgesamt 60.000 Euro unter dem Überbegriff „Kostenersatz“. Als SPÖ und Neos diese Ermittlungsergebnisse im U-Ausschuss zur Sprache brachten, war Sobotka schon weg: Er hatte den Vorsitz am Nachmittag an seinen ÖVP-Kollegen Andreas Hanger übergeben. Durch die Opposition hagelte es jedenfalls erneut Rücktrittsforderungen. Ein Festhalten Sobotkas am U-Ausschussvorsitz sei unter diesen Bedingungen nicht zumutbar, sagten etwa Neos-Fraktionsführerin Stephanie Krisper und SPÖ-Fraktionsführer Jan Krainer. Das Büro Sobotka sagte dazu, „Der Präsident hat im Untersuchungsausschuss korrekt geantwortet.“ Für jede Leistung sei eine Gegenleistung erbracht worden. Wolfgang Gerstl (ÖVP) sprach davon, dass die Neos „den nächsten Skandal sehen, wo keiner ist“.

Es war nicht die erste Aufregung des Tages. Dementiert und nicht kommentiert wurde an diesem Mittwoch insgesamt sehr viel.

So wollte der einstige SPÖ-Bundesgeschäftsführer Thomas Drozda nichts dazu sagen, dass ihm laut einem Zeugen das Ibiza-Video vor dessen Veröffentlichung angeboten wurde – ein Nebenstrang der Ermittlungen.

Aus „Respekt vor dem Parlamentarismus“ wolle sich Drozda erst bei seinem Auftritt im U-Ausschuss – passenderweise nach der Wien-Wahl – äußern. Gerüchte über ein Angebot an die SPÖ gab es immer wieder; eine Tangente der Ibiza-Ermittlungen beschäftigte sich auch damit, inklusive Observationen und Razzien. Dementiert wurde außerdem, dass sich Novomatic-Gründer Johann Graf mit Kanzler Sebastian Kurz (ÖVP) getroffen habe. Dass ein solcher Termin zumindest geplant war, legen bisher unbekannte Chats zwischen Finanzminister Gernot Blümel, damals türkiser Regierungskoordinator, und Ex-Novomatic-Manager Harald Neumann nahe. Die beiden standen in regem Austausch, zogen sich offenbar bei größeren Events zu zweit zurück („das Schloss ist ja groß genug!“) oder trafen sich im Novomatic-Forum, denn da „hört wenigstens niemand zu! Kann Fisch bestellen“.

Das System Novomatic

Die Aufregung abseits der eigentlichen Befragung ließ den Auftritt des ehemaligen Rapid-Torhüters Peter Barthold untergehen. Nach seiner Fußballerkarriere war er Geschäftspartner von Novomatic geworden: Barthold betrieb Lokale, in denen Automaten der Novomatic standen. Nach dem Verbot des sogenannten Kleinen Glücksspiels in Wien zerstritt er sich mit der Novomatic, es folgte ein langwieriger Rechtsstreit.

Barthold wollte das System Novomatic beschreiben, wurde dabei aber immer wieder unterbrochen. Er gab an, in den vergangenen Tagen aus dem Umfeld von Novomatic kontaktiert worden zu sein. Die Novomatic dementierte das.

Nach Barthold erschien Novomatic-Aufsichtsratschef Bernd Oswald, dessen Ehefrau Tina Liebich-Oswald – die Großnichte des Firmengründers Graf – einst bei Wolfgang Sobotka und Innenminister Karl Nehammer (ÖVP) gearbeitet hatte. Oswald lieferte eine wahre Entschlagungsorgie und beantwortete nur wenige Fragen.

„www.orf.at“, 30.09.2020

Novomatic zahlte offenbar mehr als bekannt

Am Mittwoch ist nach einem Ex-Novomatic-Geschäftspartner der Aufsichtsratschef des Glücksspielkonzerns, Bernd Oswald, dem „Ibiza“-U-Ausschuss Rede und Antwort gestanden. Schon am Vormittag wurden neue Chat-Nachrichten medial publik. Am Nachmittag wurde ein Dokument vorgelegt, in dem von noch nicht thematisierten Geldflüssen der Novomatic an das Alois-Mock-Institut die Rede ist.

Im Zuge einer Frage zu Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka (ÖVP), der auch Präsident des Alois-Mock-Instituts ist, legte NEOS-Mandatar Helmut Brandstätter ein Dokument vor, das offenbar am Mittwoch dem U-Ausschuss übermittelt wurde. Demnach hat der Konzern über mehrere Jahre fast 109.000 Euro an den ÖVP-nahen Verein überwiesen habe. Sobotka selbst sagte in seiner Befragung: „Ich halte fest, dass es keine Spende an das Alois-Mock-Institut gibt.“ Und: „Es gab immer für eine Leistung eine Gegenleistung.“

Eine Antwort auf das neue Dokument blieb Oswald schuldig. Zu dem besagten Zeitraum war er weder im Aufsichtsrat der Novomatic noch dessen Vorsitzender. Zwischen 2009 und 2012 gehörte er dem Gremium an, seit 2017 ist er Präsident.

Nachdem Geldflüsse von der Novomatic an das Mock-Institut medial zum Thema wurden, hatte Vereinsobmann Christian Rädler im Juni 2020 gesagt, dass man in den Jahren 2017 bis 2019 von der Novomatic für Inserate im „Mock-Report“ insgesamt 14.000 Euro netto erhalten habe. Laut dem Dokument der Ermittler, aus denen NEOS-Mandatar Brandstätter zitierte, wurden jedoch im Jahr 2013 noch 30.000 Euro, 2014 20.000 Euro und 2015 10.000 Euro als „Kostenersatz“ – offenbar für „Podiumsdiskussionen“ überwiesen. Danach (2016: 8.807 Euro; 2017: 11.900 Euro; 2018: 14.688 Euro; 2019: 13.540 Euro) wurden als Leistung etwa Catering, Miete und Schaltkosten angegeben.

Auskunftsperson Oswald machte am Mittwoch von seinem Entschlagungsrecht Gebrauch

Sobotka-Graf-Treffen wieder Thema

Dass Rädler nur Zahlungen – wenn auch weniger als im Dokument angegeben – aus den Jahren 2017 bis 2019 angab, könnte mit dem Untersuchungszeitraum zusammenhängen, der eben die Vollziehung unter der ÖVP-FPÖ-Regierung betrifft. Oswald wollte sich ohnehin – wie auch bei weiteren Themen – zu Sobotka nicht äußern. Zum Betriebsbesuch, bei dem Sobotka Novomatic-Grün-

der Johann Graf getroffen hat, meinte Oswald nur: „Ich habe ihn da begrüßt." Denn: „Er ist der Erste Nationalratspräsident, man ist gut erzogen worden, also begrüßt man den auch."

DEBATTE

Was kann der „Ibiza"-U-Ausschuss liefern?

Dass der Ausschussvorsitzende auch Präsident eines Vereins ist, der von der Novomatic Geld erhalten hat, wird Sobotka seit Ausschussbeginn vorgehalten. Mehrere Fraktionen wittern daher Befangenheit. Während der Befragung Oswalds hatte Sobotka seinen Vorsitz an seinen Parteikollegen Andreas Hanger abgegeben. Verfahrensrichter Wolfgang Pöschl argumentierte, dass laut Verfahrensordnung nur der Ausschussvorsitzende sich selbst als befangen erklären könne. Der Nationalratspräsident hat das bisher nicht getan.

Im stenografischen Protokoll von Sobotkas Befragung, das ORF.at vorliegt, heißt es etwa, dass es „nie eine Sponsoringtätigkeit" gegeben habe, auch keine Spende. Sobotka sprach immer von einer Kooperation, die man auch für Veranstaltungen eingegangen sei. Der Nationalratspräsident betonte in seiner Befragung, dass er sich nur auf den Untersuchungszeitraum vorbereitet habe. Sobotka habe sich nur kundig gemacht, „welche dementsprechenden Möglichkeiten oder welche Geldflüsse zwischen Novomatic und dem Alois-Mock-Institut zu verzeichnen sind".

Kooperation mit Alois-Mock-Institut

Warum es überhaupt zu einer Kooperation zwischen dem Alois-Mock-Institut und der Novomatic kam, konnte Oswald nicht sagen. „Das entzieht sich meiner Kenntnis", so die Auskunftsperson. Sobokta sagte, dass die Novomatic deshalb interessiert gewesen sei, weil der ÖVP-nahe Verein auch Themen „aufreißt", die zum Beispiel Osteuropa betreffen. „Es geht um eine wirtschaftspolitische Perspektive im Osten", erklärte Sobotka als Auskunftsperson im U-Ausschuss.

Aus den neuen Dokumenten zitierte auch NEOS-Mandatarin Stephanie Krisper eine Nachricht von Anfang 2017. Es ging um den Niederösterreichischen Arbeitnehmerinnen- und Arbeitnehmerbund (NÖAAB) und einen Vortrag dort von einem Politikberater, Kostenpunkt 2.000 Euro. Laut Nachricht eines Novomatic-Sprechers an den damaligen Novomatic-Vorstandsvorsitzenden Harald Neumann sollte das Geld aber von der Novomatic kommen. „Lieber Harald, Der NÖAAB macht einen Vortrag mit … und hat uns gebeten, mittels Sponsoring die Kosten zu übernehmen", heißt es in der Nachricht des Sprechers.

Der sogenannte Compliance-Check sei positiv verlaufen. „Die Rechnung […] über 2000 Euro würden wir direkt übernehmen, dh damit erfolgt auch keine Zahlung an den NÖAAB". Neumann antwortete: „ok!" Der ÖAAB ist eine der sechs Teilorganisationen der ÖVP. Ob das Geld floss, ist aus der Nachricht nicht ersichtlich. Die Novomatic hat bisher alle Vorwürfe in diese Richtung bestritten. Nach dieser Frage war die Befragungszeit allerdings schon überschritten.

Entschlagungsreigen am Anfang

Zu Beginn sprach Oswald in seiner Stellungnahme von „enormen Herausforderungen" in den vergangenen zwei Jahren. Privat ist er Ehemann einer nahen Verwandten von Novomatic-Gründer Graf; Oswalds Ehefrau ist Juristin und Staatsanwältin und war vorübergehend im Kabinett der Innenminister Sobotka und Karl Nehammer (beide ÖVP). Die Befragung erinnerte zunächst an jene von Dienstag, als es zu einem Entschlagungsreigen wegen des Beschuldigtenstatus der Auskunftsperson kam.

Die Debatte über den Vorsitz Sobotkas flammte erneut auf. SPÖ-Fraktionschef Kai Jan Krainer sagte in Richtung Ausschussvorsitzenden: „Die einfachste Regelung wäre, dass Sie hier Ihren Vorsitz zurücklegen." Sobotka betonte, dass er keine Fragerechte beschneiden werde. Noch in der ersten Fragerunde wechselte der Vorsitz ohnehin: Hanger übernahm von Sobotka.

Ein Verfahren – breites Entschlagungsrecht

Jurist Oswald konnte sich entschlagen, weil er als Beschuldigter in einem laufenden Strafverfahren geführt wird und weil er wegen seiner beruflichen Tätigkeit als Jurist und seines Amtes als Aufsichtsratsvorsitzender gewissen Verschwiegenheitspflichten unterliegt. Viermal im Jahr gebe es eine Aufsichtsratssitzung, bei der der Vorstand an das Kontrollgremium berichtet. Dabei traf er eben auf den damaligen Vorstandsvorsitzenden Neumann. Ob er auch mit Novomatic-Eigentümer Graf in Kontakt stand, sagte Oswald nicht. Er bezog sich dabei auf die Schenkungsliste (also Geldgeschenke), auf der auch Oswald steht. „Es gibt den Vorwurf, dass die Schenkungen nicht aus dem Privatbestand von Graf stammen", so der Jurist.

„Die Doppelgleisigkeit Tätigkeit des Ausschusses und laufendes Strafverfahren ist sehr schwierig", sagte Verfahrensrichter Pöschl. „Es ist ein Wahnsinn", so Grünen-Mandatar David Stögmüller und entschuldigte sich danach. Gemeint war, dass Oswald auch die Frage, seit wann er Graf überhaupt kenne, nicht beantworten wollte bzw. konnte. Ein Beschuldigter eines Strafverfahrens hat das Recht, sich der Antwort zu entschlagen – also darauf zu verzichten –, wenn er sich durch die Aussagen selbst belasten könnte. Die Auskunftsperson antwortete schließlich, dass er Graf seit ungefähr „seit dem Jahr 2004 oder 2005" kenne.

Geldgeschenke und ein angebliches Angebot

SPÖ-Fraktionsführer Kai Jan Krainer merkte an, dass Oswald „nur" im Finanzstrafverfahren (Geschenkannahme) als Beschuldigter geführt werde, seinen Entschlagungen aber auch mit anderen Verfahren begründete. Verfahrensrichter Pöschl argumentierte, dass seines Wissens nach das Finanzstrafverfahren im Hauptverfahren integriert wurde. „Ich glaube, wir haben einen unterschiedlichen Wissensstand, Herr Krainer", sagte Pöschl und ergänzte nach einer kurzen Beratung mit seiner Mitarbeiterin, dass es nur ein Verfahren gebe. Oswald hatte dementsprechend mehrere Gründe, sich zu entschlagen.

Oswald: Neumann „trat zurück"

Auf die Anmerkung von Stögmüller, dass Oswald auf Fragen nicht antworten will, sagte dieser: „Das Entschlagungsrecht wird mit Füßen getreten." Ausschussvorsitzender Hanger wies Oswald zurecht, der aber dann meinte, dass die Fragen der Abgeordneten in Bezug auf ihre Qualität oft nicht zulässig seien. Grünen-Fraktionschef Nina Tomaselli reagierte und forderte Hanger auf, der Auskunftsperson zu sagen, dass der U-Ausschuss ein Kontrollorgan der gewählten Volksvertretung sei. „Als Auskunftsperson beantworten Sie bitte die Fragen", sagte Hanger.

Überhaupt betonte Oswald, dass er als Aufsichtsratsvorsitzender nicht in das operative Geschäft des globalen Glücksspielkonzerns eingreift, der in Verdacht steht, sich im Gegenzug für Glücksspiellizenzen für den FPÖ-Politiker Peter Sidlo als Finanzvorstand der teilstaatliche Casinos Austria AG (CASAG) starkgemacht zu haben. NEOS-Mandatar Helmut Brandstätter wollte wissen, wer im Konzern über den „Abschied" von Neumann als Vorstandsvorsitzendem entschieden habe. „Ein Vorstand geht, weil er abberufen wird oder zurücktritt. Neumann ist zurückgetreten", sagte Oswald, „aus familiären Gründen."

Kein generelles Entschlagungsrecht

Etwas überrascht war SPÖ-Abgeordnete Eva Maria Holzleitner, als die Auskunftsperson nach einer Frage zu Sobotka sagte, dass sie sich „zum Thema Sobotka entschlagen" werde. „Warum wollen Sie sich zu dieser Thematik entschlagen? Können Sie sich strafrechtlich belasten?", fragte die Mandatarin und wollte wissen, warum die Auskunftsperson das dann gesagt habe. Antwort darauf gab es letztlich keine, aber es wurde bekannt, dass Oswald Sobotka seit 2018 oder 2019 kenne.

FPÖ-Fraktionschef Christian Hafenecker wollte mehr über das Sponsoring der Novomatic wissen: „Ich weiß es nicht, ich nehme an, es wird einen Budgetrahmen geben, den kenne ich aber nicht", sagte Oswald. Seine Ehefrau, die für Sobotka gearbeitet habe, sei diesem – soweit er wisse – „dienstzugeteilt worden". „Zahlenmäßige" Treffen mit Sobotka konnte er auf Nachfrage nicht angeben, „einmal vielleicht, zweimal". Ablauf bzw. Abläufe des bzw. der Treffen seien ihm „nicht erinnerlich", so Oswald.

Die Auskunftsperson habe keine Wahrnehmungen zu einem möglichen FPÖ-Novomatic-Deal. Er gehe auch davon aus, dass ein Finanzstaatssekretär – unter der ÖVP-FPÖ-Regierung war das Hubert Fuchs (FPÖ) – nicht alleine eine Novelle des Glücksspielgesetzes aufsetzen kann. Hafenecker resümierte, dass die ÖVP das Finanzministerium leitete, als auch eine entsprechende Novelle in die Begutachtung geschickt und schließlich zurückgezogen wurde.

„Die Presse“, 30.09.2020

Untersuchungsausschuss. Die SPÖ vermutet Absprachen der Regierung mit Novomatic und bringt eine Sachverhaltsdarstellung unter anderem gegen den früheren Finanzminister Gernot Blümel und seinen Vorgänger Hartwig Löger ein.

„Glücksspielwoche“ startet mit Anzeige

Wien. Eine skurrile Vorsitz-Debatte war am Dienstag Höhepunkt im Ibiza-Untersuchungsausschuss: SPÖ-Mandatar Kai Jan Krainer wollte eine Zeugin – sie ist ehemalige Beamtin im Finanzministerium – zum Alois-Mock-Institut befragen. Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka (ÖVP) solle während dieser Zeit den Vorsitz abgeben, so das Verlangen des SPÖ-Fraktionsführers. Denn U-Ausschuss-Vorsitzender Sobotka ist auch Präsident des Mock-Instituts und könnte nochmals in der Causa geladen werden. Sobotka verweigerte, rief dann aber doch seine Stellvertreterin, Doris Bures (SPÖ), an. Diese kam – und durfte den Vorsitz doch nicht übernehmen. Denn Sobotka wollte während der Befragung im Raum bleiben. Den Vorsitz darf er aber nur abgeben, wenn er verhindert ist. Und das ist er ja offensichtlich nicht, wenn er sich im selben Raum befindet. Krainer verzichtete daraufhin auf Fragen – wohl auch, weil die Zeugin angegeben hatte, nichts über das Mock-Institut aussagen zu können.

SPÖ vermutet Amtsmissbrauch

Seinen großen Auftritt hatte Krainer schon vorher: Pünktlich zum Start der „Glücksspielwoche“ im U-Ausschuss brachte er eine Anzeige ein, die sich unter anderem gegen Finanzminister Gernot Blümel, dessen Vorgänger Hartwig Löger (beide ÖVP) und Öbag-Chef Thomas Schmid sowie Ex-Novomatic-Chef Harald Neumann richtet. Die vermuteten Delikte lauten Amtsmissbrauch, Falschaussage und Bestechlichkeit.

Grund dafür sind Unterlagen, die dem Untersuchungsausschuss vorliegen und die eine Absprache zwischen dem ÖVP-geführten Finanzministerium und der Novomatic im Vorfeld einer Casag-Hauptversammlung im Juni 2018 belegen würden. Krainer vermutet anhand der Unterlagen, dass das ÖVP-geführte Finanzministerium 2018 versucht hat, sich die Kontrolle über die Casinos Austria AG (Casag) zu sichern. Die Novomatic habe damals angesichts der Eigentümerverhältnisse das Zünglein an der Waage gespielt. Denn die Öbib (jetzt Öbag) hielt an der Casag 33,24 Prozent, die Novomatic damals 17,19 Prozent und die Sazka Group über eine Tochter 38,29 Prozent.

Obwohl die Sazka mit der Novomatic eine Stimmrechtsbindungsvereinbarung abgeschlossen hatte, sei es dem ÖVP-geführten Finanzministerium gelungen, die Novomatic dazu zu bringen, in der Hauptversammlung nicht gegen die Öbib zu stimmen und so dem Wunsch der ÖVP nach Einfluss auf die Casag nachzukommen, wie Krainer in der Sachverhaltsdarstellung skizziert. Im Zuge der Zusage der Novomatic, die Öbib nicht zu überstimmen, seien auch die Besetzung des Aufsichtsrates sowie die Größe des Vorstandes paktiert worden. Im Vorfeld der Hauptversammlung sei dann zwischen Vertretern der Öbib und der Novomatic eine genaue Wahlliste für die Mitglieder des Aufsichtsrates der Casag vereinbart worden.

Vorhaben für Novomatic attraktiv

Gleichzeitig wurden – wie Krainer in der Sachverhaltsdarstellung schildert – bereits im Frühjahr 2018 erste Vorarbeiten für eine Novelle des Glücksspielgesetzes im ÖVP-geführten Finanzministerium begonnen. Unter anderem hätte durch die Gesetzesänderung eine bundesweite Lizenz für das kleine Glücksspiel geschaffen werden sollen, die es ermöglicht hätte, länderweise Verbote des kleinen Glücksspiels, wie etwa in Wien, wieder auszuhebeln.

Auch sollten drei noch offene Casinolizenzen in Österreich vergeben bzw. versteigert werden. Diese Pläne hätten schlussendlich auch Eingang in das vom Finanzministerium unter Türkis-Blau erstellte Steuerreformkonzept gefunden, das aber wegen des Platzens der Koalition nicht mehr beschlossen wurde. Alle drei Punkte wären jedoch für die Novomatic besonders attraktiv gewesen.

Erklärungsbedarf für Glatz-Kremsner

Casinos-Austria-Generaldirektorin Bettina Glatz-Kremsner – sie ist frühere ÖVP-Vizeparteichefin – hat indessen den Vorwurf der Falschaussage im Ibiza-U-Ausschuss zurückgewiesen. Glatz-Kremsner hatte ausgesagt, dass sie mit FPÖ-Chef Heinz-Christian Strache nicht über die Bestellung von Peter Sidlo als Casinos-Vorstand gesprochen habe. Nun sind aber SMS aufgetaucht, die derartige Gespräche nahelegen. Es gehe aus dem Kontext der Befragung klar hervor, dass sie nach möglichen Absprachen und Hintergrund-Deals gefragt worden sei, so Glatz-Kremsner dazu. Und das habe sie wahrheitsgemäß verneint. (maf/APA)

„Kurier“, 30.09.2020

Strafanzeigen, Spekulationen, Fakten

U-Ausschuss. Krainer Anzeige gegen Blümel, Löger und Schmid – was in der Casinos-Hauptversammlung tatsächlich passierte. Novomatic geht gegen SPÖ-Fraktionsführer mit Klage vor

ANDREA HODOSCHEK

Wirtschaft von innen

GILBERT NOVY

Am Dienstag segnete der Casinos-Aufsichtsrat das Sparpaket ReFit ab – rund 500 Mitarbeiter werden abgebaut, 45 Millionen an Kosten eingespart

Die „Glücksspielwoche“ hatten die Fraktionsführer der Oppositionsparteien am Montag im U-Ausschuss ausgerufen. Die Vorwürfe und Spekulationen werden schärfer. Die große Frage ist, was darf politischem Getöse zugerechnet werden und was sind die Fakten. Seit Jänner wird versucht, einen möglichen Deal zwischen Novomatic sowie ÖVP und FPÖ zu beweisen. Alle der zahlreichen Beschuldigten bestreiten.

SPÖ-Fraktionsführer **Jan Krainer** kündigte am Dienstag eine Strafanzeige gegen ÖVP-Finanzminister **Gernot Blümel**, seinen Vorgänger **Hartwig Löger**, **Thomas Schmid** (Vorstand der Staatsholding ÖBAG) und **Harald Neumann**, Ex-Chef der Novomatic, an. Die Vorwürfe lauten auf Verdacht des Amtsmissbrauchs, Falschaussage und Bestechlichkeit.

Krainer argumentiert, das ÖVP-geführte Finanzministerium habe 2018 versucht, sich die Kontrolle über die Casinos zu sichern. Obwohl die tschechische Sazka und Novomatic eine Stimmrechtsvereinbarung hatten, sei es dem Finanzministerium gelungen, die Novomatic dazu zu bringen, in der Hauptversammlung nicht gegen die Staatsholding zu stimmen.

Was war in der Hauptversammlung am 20. Juni 2018 aber tatsächlich passiert?

Die Nervosität vor der Aktionärsversammlung war groß. Sazka hatte noch nicht die Mehrheit, sondern erst 38 Prozent an den Casinos. Novomatic hielt 17 Prozent, die Staatsholding ein Drittel. Erstmals in der Geschichte der Casinos kam es zu einer Kampfabstimmung. Sazka wollte die Republik aus dem Aufsichtsrat kippen und reklamierte zehn der 12 Kapitalvertreter für sich. Um die Konzernbilanz mit der Vollkonsolidierung der Casinos auffetten zu können.

Trotz der Vereinbarung mit den Tschechen schlug sich Novomatic auf die Seite der Republik und überstimmte Sazka. Man hielt es nicht für klug, die Republik aus dem Aufsichtsrat eines teilstaatlichen Unternehmens zu kippen, begründet man bei Novomatic auch heute noch diesen Schritt.

Sazka reichte daraufhin eine dreistellige Millionenklage gegen Novomatic vor einem Schiedsgericht in Paris ein. Diese hat sich inzwischen erledigt, Novomatic stieg bekanntlich aus und verkaufte alle Anteile an Sazka.

Krainer hatte die Causa allerdings schon im Juli 2020 in einer *APA*-Aussendung als „schmutzigen Deal“ zwischen ÖVP und Novomatic kritisiert. Worauf auch Novomatic eine schärfere Gangart einlegte. Der Gaming-Konzern reagierte am 25. August mit einer Klage beim Wiener Handelsgericht gegen Krainer. Geklagt wurde auf Unterlassung und Widerruf bzw. Veröffentlichung und Kreditschädigung, der Streitwert ist vorerst mit 60.000 Euro angesetzt. „Um einen Politiker zu klagen, muss sich ein Unternehmen seiner Sache schon sehr sicher sein“, meint dazu ein Rechtsexperte.

„Das beeindruckt mich nicht, ich werde mir keinen Maulkorb umhängen lassen“, sagt Krainer gegenüber dem KURIER. Die Klage sei schon beeinsprucht worden.

Aussage Glatz-Kremsner

Für Aufregung sorgt auch ein angeblich erst jetzt bekannt gewordener SMS-Verkehr zwischen Casinos-Chefin **Bettina Glatz-Kremsner** und Ex-FPÖ-Chef **Heinz-Christian Strache**. Die Managerin erwähnte in einem SMS mit Strache Unterstützung für Sidlo. Die Neos stellten jetzt den Verdacht auf Falschaussage vor dem U-Ausschuss in den Raum. Glatz-Kremsner wies den Vorwurf zurück. Der SMS-Verkehr beziehe sich auf keine Absprachen oder Deals, sondern nur auf „einen positiven und konstruktiven Umgang“ mit dem neuen Vorstandskollegen Sidlo.

Die SMS waren jedoch bereits Gegenstand der vom Casinos-Aufsichtsrat beauftragten internen Untersuchung im Herbst 2019. Glatz-Kremsner wurde befragt, das Protokoll liege der Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft seit Februar 2020 vor. Und sei somit „wohl auch seit längerer Zeit Bestandteil der dem U-Ausschuss vorliegenden Unterlagen“, heißt es bei den Casinos.

Sparpaket

Der Aufsichtsrat der Casinos segnete am Dienstag das Sparprogramm ReFIT ab. 45 Millionen Euro sollen eingespart werden, 350 Vollzeit-Arbeitsplätze werden abgebaut. In Summe sind rund 500 Mitarbeiter betroffen. Der Großteil soll über einvernehmliche Lösungen, Pensionierungen und Teilzeit erreicht werden. Zum Nachfolger von Aufsichtsrats-Präsident **Walter Rothensteiner** wurde Sazka-Chef **Robert Chvatal** bestellt.

andrea.hodoschek@kurier.at

„Kronen Zeitung“, 30.09.2020

U-Ausschuss zu Ibiza und den Folgen: Anzeigen gegen Blümel und Löger

Causa Casinos: Das Vorspiel

SPÖ-Abgeordneter Kai Jan Krainer sorgte vor dem gestrigen Befragungstag in der Hofburg für den Aufreger: Der Ausschuss verfüge über Unterlagen, die einen Deal zwischen ÖVP und Novomatic 2018 nahelegen würden. Er bringt Anzeigen ein, u.a. auch gegen die letzten beiden Finanzminister.

Foto: www.picturedesk.com

Die sprichwörtliche Bombe ging gleich zu Beginn in die Hofburg-Luft, gezündet von SPÖ-Fraktionsführer Kai Jan Krainer. Vor dem Befragungstag im Ibiza-U-Ausschuss verkündete Krainer eine Anzeige gegen Finanzminister Gernot Blümel, dessen Vorgänger Hartwig Löger (beide ÖVP), ÖBAG-Alleinvorstand Thomas Schmid (verwaltet die Bundesbeteiligungen) sowie Ex-Novomatic-Vorstand Harald Neumann – wegen des Verdachts des Amtsmissbrauchs, der Falschaussage und der Bestechlichkeit. Grund: Ein vermuteter Deal zwischen dem ÖVP-geführten Finanzministerium und Novomatic im Vorfeld einer Hauptversammlung der Casinos Austria (Casag) im Juni 2018. Der Ausschuss verfüge über belastende Unterlagen, die der Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft bislang vorenthalten blieben. Nun werde sie diese bekommen.

SPÖ-Mandatar Kai Jan Krainer erstattet Anzeige gegen Löger und Blümel.

Thema ist eine geplante Novelle des Glücksspielgesetzes (u.a. bundesweite Lizenz für das kleine Glücksspiel sowie drei Casinolizenzen – dies wäre für Novomatic attraktiv gewesen). Krainers Vermutung: Das Finanzministerium habe versucht, sich die Kontrolle über die Casag zu sichern. Novomatic habe damals das Zünglein an der Waage gespielt. Der Bund hielt an der Casag 33,24 Prozent, Novomatic 17,19 und die tschechische Sazka Group 38,29.

Schwierige Fragen

Gefragt wurde dann auch. Mit bescheidenem Erkenntnisgewinn. Zu oft verzettelte man sich (ÖVP-Mann

Die Befragungen zweier Personen verliefen äußerst zäh

war der Höhepunkt

Sehen sich mit Anzeigen konfrontiert: Gernot Blümel, Harald Neumann sowie Hartwig Löger.

Fotomontage/Fotos: www.picturedesk.com, SEPA.Media | Martin Juen, Peter Tomschi

Gerstl: „Ein unrühmliches Schauspiel"). Erst war die stellvertretende Kabinettschefin von Ex-Finanzminister Löger am Wort. Die Juristin, die auch Büroleiterin des damaligen Generalsekretärs Schmid war, hatte die Glücksspielnovelle 2018 in Begutachtung geschickt. Es gab keine Umsetzung. Es gab Probleme bei der Abstimmung mit der FPÖ.

Zweite Auskunftsperson war ein Novomatic-Rechtsexperte. Er ist beschuldigt, weshalb er sich permanent entschlug. „Ich habe noch keine umfassende Akteneinsicht." Bezeichnende Episode: SPÖ-Abgeordneter Kollross: „Vielleicht erhalte ich jetzt eine Antwort: Wie ist das Wetter heute?" Diesmal antwortete Vorsitzender Sobotka: „Diese Frage ist nicht zulässig."

Erich Vogl

„Der Standard“, 30.09.2020

SPÖ will Staatsanwälte in Richtung ÖVP lenken

Aus der roten U-Ausschuss-Fraktion trudelte eine Anzeige bei der Justiz ein. Ihr Inhalt ist ein angeblicher Deal zwischen ÖVP und Novomatic. Im Finanzministerium ist man gleichzeitig gelassen und doch grantig.

Fabian Schmid, Renate Graber

Foto: APA/Schlager

Wird wohl kein Freund von Finanzminister Blümel: SPÖ-Fraktionsführer Jan Krainer, der nicht nur Blümels fehlende Nullen im Budget entdeckte, sondern ihn nun auch wegen eines „ÖVP-Novomatic-Deals“ anzeigte.

Um die FPÖ und ihren einstigen Chef Heinz-Christian Strache geht es im U-Ausschuss nur noch am Rande. Vielmehr ist mittlerweile das Gebaren des türkisen Finanzministeriums ins Zentrum der Aufmerksamkeit gerückt. Die SPÖ will nun auch den Fokus der Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKStA) ändern. Mittels einer Sachverhaltsdarstellung von Fraktionsführer Jan Krainer wurde die WKStA auf einen angeblichen Deal zwischen der ÖVP und dem Glücksspielkonzern Novomatic aufmerksam gemacht.

Was will die SPÖ entdeckt haben? Um Krainers Erzählung zu verstehen, muss man in die komplizierte einstige Eigentümerstruktur der Casinos Austria AG (Casag) eintauchen. Die Republik hielt dort eine Minderheitsbeteiligung, neben mehreren kleinen Aktionären musste sie sich künftige Unternehmensentscheidungen mit der tschechischen Sazka Group und dem Glücksspielkonzern Novomatic ausschnapsen. Novomatic und Sazka hatten allerdings einen Syndikatsvertrag, durften sich also gegenseitig nicht überstimmen.

Unter der türkis-blauen Koalition kam es, gelinde gesagt, zu Meinungsverschiedenheiten zwischen der Republik, vertreten durch das Finanzministerium, und Sazka. Um diesen Kampf nicht zu verlieren, musste die Novomatic die Seiten wechseln und die Anliegen des Finanzministeriums unterstützen.

Krainer vermutet nun, dass die Novomatic mit einer Glücksspiel-Novelle überzeugt werden sollte. Tatsächlich findet sich in den Unterlagen, die dem U-Ausschuss übermittelt wurden, ein ausgereifter Plan für ein neues Glücksspielgesetz, das tendenziell der Casag geschadet und privaten Anbietern wie der Novomatic geholfen hätte.

Anleitung für die Justiz

Diese Unterlagen sollen der Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft zumindest im Sommer noch nicht vorgelegen sein. Deshalb übermittelte Krainer nun eine Art Anleitung, wonach die Justiz suchen soll.

Die Beteiligten bestreiten die Vorwürfe jedoch allesamt, und es gilt die Unschuldsvermutung. Novomatic-Anwalt Paul Zöchbauer weist darauf hin, dass der Konzern bereits eine Zivilklage gegen Krainer eingebracht habe. Im Finanzministerium nimmt man die Anzeigenflut, die sich auch gegen Minister Gernot Blümel (ÖVP) richtet, „zur Kenntnis“ und verweist auf den Wiener Wahlkampf, wo Blümel als türkiser Spitzenkandidat fungiert.

Hinter den Kulissen stößt man sich im Ministerium jedoch daran, dass Krainer auch eine Spitzenbeamtin angezeigt hat. Das sei „hart an der Grenze“ und verstoße gegen bisherige Usancen, hört man.

Der joggende Gudenus

Zusätzliche Erkenntnisse erhofft sich die Opposition jedenfalls von den weiteren Befragungen im U-Ausschuss. Am Dienstag war dort Lögers einstige Kabinettsvize geladen. Die Abgeordneten wollten herausfinden, ob die Großspenden ihres Mannes an die ÖVP ihre Karriere befördert hatten. „Ich brauche meinen Mann nicht dazu“, so die langjährige Anwältin, die regelmäßig Politiker und Topmanager traf. Etwa den einstigen blauen Klubchef Johann Gudenus „beim Joggen“.

Inhaltliche Erkenntnisse gab es kaum; die Auskunftsperson behauptete, viele Dokumente seien nicht bis zu ihr durchgedrungen. Novomatic-Manager Alexander L. entschlug sich der Aussage wegen der Anzeige großteils.

Einen Eklat gab es wieder einmal rund um die Vorsitzführung: Krainer wollte H. zum Alois-Mock-Institut befragen, das vom Ausschussvorsitzenden Wolfgang Sobotka (ÖVP) gegründet und von der Novamatic unterstützt worden ist. Krainer verlangte, dass Sobotka den Raum verlassen und den Vorsitz an Doris Bures (SPÖ) übergeben sollte. Die wurde herbeigeholt, Sobotka wollte im Raum Platz nehmen – wieder Streit. Dann entschied der Verfahrensrichter, dass Sobotka, weil hier, ja nicht „verhindert“ und somit weiter Vorsitzender sei.

Liveticker, Donnerstag ab 9 Uhr auf **derStandard.at**

„Standard“, 29.09.2020

Casinos-Chefin hat Erklärungsbedarf zu ihrer Aussage im U-Ausschuss

SMS Glatz-Kremsners mit Strache relativieren ihre Aussage, sie habe mit Strache nicht über das Thema Sidlo gesprochen

Wien – Am Dienstag und am Mittwoch geht es im parlamentarischen Ibiza-U-Ausschuss mit dem Thema Glücksspiel und allfälliger Gesetzeskauf weiter. Im Zentrum des Interesses der Abgeordneten wird die Frage stehen, ob der Glücksspielkonzern und damalige Casinos-Austria-Aktionär Novomatic Einfluss auf die Glücksspielgesetzgebung der schwarz-blauen Regierung nehmen wollte oder konnte.

In diesem Konnex steht ja der Vorwurf, wonach Novomatic bei der Installierung des Freiheitlichen Peter Sidlo zum Casinos-Finanzvorstand geholfen hat und die FPÖ dem Konzern im Gegenzug vorteilhafte Glücksspielgesetze versprochen habe. Die Beteiligten bestreiten das.

Am Dienstag wird es da, bei der Befragung einer Kabinettsmitarbeiterin und eines fürs Glücksspiel zuständigen hohen Beamten Einblick in die Abläufe im Finanzministerium geben. Das stand damals unter Leitung von Hartwig Löger (ÖVP), Staatssekretär war Hubert Fuchs (FPÖ). Zudem wird am Dienstag ein Manager aus der Rechtsabteilung von Novomatic Auskunft geben.

Am Mittwoch könnte die Befragung von Peter Barthold interessant werden. Der frühere Rapid-Tormann und spätere Glücksspielbetreiber und Novomatic-Geschäftspartner hat sich von Novomatic entfremdet und 2016 bis 2019 etliche Gerichtsstreitigkeiten mit dem Konzern ausgefochten. Die Stimmung zwischen den beiden Streitparteien ist frostig. Zudem ist für Mittwoch der Aufsichtsratschef der Novomatic geladen, Bernd Oswald.

Erklärungsbedarf hat Casinos-Chefin Bettina Glatz-Kremsner. Sie sagte am 10. September unter Wahrheitspflicht als Auskunftsperson in Bezug auf Sidlos Bestellung: „Ich habe mit Herrn Strache nie über das Thema Sidlo gesprochen.“

SMS der Casinos-Managerin

SMS-Austausch zum Thema Sidlo gab es aber. Das erschließt sich aus einem Amtsvermerk der Ermittler und Chats. Aus einer SMS vom 15. Jänner 2019 geht hervor, dass Heinz-Christian Strache damals an Glatz-Kremsner schrieb: „(...) Bezüglich Peter Sidlo ist alles auf Schiene! Danke für deine Unterstützung! Lg HC“. Glatz-Kremsner antwortete laut der Unterlage, die dem STANDARD vorliegt: „Lieber Heinz, das freut mich und Unterstützung sehr gerne und aus Überzeugung! Liebe Grüße und alles Liebe für Dein Familien-Glück – Bettina“.

Am 6. Februar fragte Strache nach: „ ... Die Zusage bezüglich Sidlo hält eh. Ich verlasse mich darauf! Alles Liebe HC“. Tags darauf die Antwort der damaligen Casinos-Finanzchefin, die im Zuge des personellen Umbaus zur Vorstandschefin avancierte: „Lieber Heinz, vielleicht können wir dazu mal kurz telefonieren? (...)“. Die Vorstandsbestellung ging dann am 28. März über die Bühne. Strache am selben Tag: „Liebe Bettina! Ich gratuliere dir herzlich und danke für die sehr gute Zusammenarbeit! (...)“ Glatz-Kremsner freute das: „Vielen herzlichen Dank, HC, sehr aufmerksam von Dir – freue mich sehr darüber und vielen Dank auch für Deine Unterstützung. GLG und hoffentlich auf bald – Bettina“. Falsche Zeugenaussage vor dem Ausschuss wäre strafbar.

Glatz-Kremsner nahm am Montag zu den bekanntgewordenen SMS Stellung: Aus dem Kontext der Befragung gehe klar hervor, dass es bei den Fragen nach einem Gespräch zwischen ihr und Strache zu Sidlo um mögliche Absprachen und Hintergrunddeals gegangen sei. Derartige Gespräche habe sie wahrheitsgemäß verneint.

Die Korrespondenz beziehe sich „auf einen positiven und konstruktiven Umgang Glatz-Kremsners mit Sidlo, da es sich bei ihm um einen möglichen neuen Vorstandskollegen handelte und Glatz-Kremsner großes Interesse an einem guten Miteinander im Sinne des Unternehmens hatte“. (gra)

„Kronen Zeitung“, 29.09.2020

Ausschuss: Nächste Runde in der Hofburg Novomatic und ein „Masterplan“

Glücksspiel steht im Fokus

Heute geht der Ibiza-U-Ausschuss weiter. Im Zentrum des Interesses stehen die Versuche des Branchengiganten Novomatic, die Politik für sich zu gewinnen. Auskunftspersonen sind u. a. hochrangige Vertreter aus der Glücksspielbranche. Neben Novomatic-Vertretern auch Ex-Rapid-Tormann Peter Barthold.

Ibiza ist heute und morgen wieder Teil der Wiener Hofburg. Der U-Ausschuss erlebt eine „Novomatic-Woche“. Es geht u. a. um die Besetzung des FPÖ-Mannes Peter Sidlo zum Finanzvorstand bei den Casinos Austria. Im Gegenzug, so der Verdacht der Justiz, habe man versucht, Lizenzen zu erhalten – mit Unterstützung der Politik. Am Dienstag ist die frühere Vize-Kabinettschefin von Ex-Finanzminister Löger geladen, zudem der Leiter der Novomatic-Rechtsabteilung – es geht u. a. um Scheinverträge.

Der Mittwoch beginnt mit Peter Barthold, Ex-Goalie von Rapid, später im Glücksspielgeschäft tätig und Ex-Partner von Novomatic. Er könnte tiefe Einblicke liefern. Es folgen Bernd Oswald (Aufsichtsvorsitzender von Novomatic) und Stefan Krenn (Generalsekretär). Krenn hat – wie die „Krone“ berichtete – 2006 den „Masterplan“ von Lobbyist Peter Hochegger vorangetrieben. Es ging um das Gewinnen politischer Gunst in allen Lagern. Im Ausschuss will man von ihm und Oswald wissen, inwiefern und mit welchen Mitteln dieser „Masterplan“ umgesetzt wurde. Erich Vogl